




WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

› Religiöse Paralleljustiz im Rechtsstaat?

Fabian Wittreck

 2015.9

Preprints and Working
Papers of the Center for
Religion and Modernity
Münster 2015.9

› Religiöse Paralleljustiz im Rechtsstaat?

Fabian Wittreck

Erscheint in: Ordnungen religiöser Pluralität. Wirklichkeit - Wahrnehmung - Gestaltung, hg. von Ulrich Willems, Astrid Reuter und Daniel Gerster (Religion und Moderne 3), Frankfurt/New York: Campus 2016.

Die Vorabveröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber.

1. Religiöse Gerichtsbarkeit als Wiedergänger der Rechtsgeschichte

Wer Richter sät, wird Rechtsprechung ernten. Und wer gleich mehrere Richter einsetzt, muss gewärtigen, dass sich ihre Entscheidungen auch noch widersprechen. Derartige Rechtsprechungskonflikte waren namentlich in Deutschland über Jahrhunderte eher die Regel als die Ausnahme.¹ Zuletzt jedoch begegneten sie uns praktisch nur noch in Gestalt von Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Gerichten und europäischen Rechtsprechungsinstanzen.² Das Schlagwort von der ‚religiösen Paralleljustiz‘ nimmt die Sorge über einen Rechtsprechungskonflikt auf, der erst in den letzten Jahren am Horizont aufgezogen zu sein scheint: Gemeint sind die Berichte über islamische ‚Friedensrichter‘, die auf der Grundlage der Sharia Streitigkeiten zwischen Muslimen schlichten und so in Konkurrenz zu ‚weltlichen‘ deutschen Rechtspflegeorganen treten.³ Hier drängt sich quasi die suggestive Bezeichnung von der ‚Hinterhofgerichtsbarkeit‘ auf.⁴ Eine mit *Richter ohne Gesetz* betitelte und im Grundton alarmistische Darstellung eines als Journalist tätigen Juristen ist inzwischen in einer erweiterten Taschenbuchausgabe erschienen.⁵

Der vorliegende Beitrag will in der Tat über solche ‚Friedensrichter‘ berichten und fragen, ob der Staat ihr Handeln dulden muss (oder vielleicht sogar gut beraten ist, dies zu tun). Um der Gefahr zu entgehen, dabei in das naseweise Narrativ vom handelsüblichen ‚Hassprediger‘ einzustimmen, muss die ‚Hinterhofgerichtsbarkeit‘ allerdings in einen größeren Kontext religiöser Gerichtsbarkeit eingebettet werden.⁶ Denn Konflikte zwischen ‚weltlicher‘ und ‚geistlicher‘ Gerichtsbarkeit durchziehen nicht allein die europäische Rechtsgeschichte,⁷ sondern beschränken sich bei näherem Hinsehen auch heute keineswegs auf die perhorreszierten ‚Scharia-Richter‘⁸: Augenblicklich gerät in der Bundesrepublik etwa der weitgehende Ausschluss des staatlichen Rechtsschutzes durch kirchliche Arbeitsgerichte unter zunehmenden

* Der herzliche Dank des Verfassers gilt Frau Staatsanwältin Dr. Barbara Rox (Braunschweig) für ihre kritische Durchsicht des Textes sowie den folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Professur für Öffentliches Recht, die unter Anleitung von Martin Minkner den Fußnotenapparat vervollständigt und verifiziert haben: Fatma El cheikh Hassan, Florian Held, Jan Hintz, Simon Koch, Miriam Köster, Jan Lamprecht, Martin Mayska, Anna Rothweiler und Matthias Wagner.

¹ Statt aller *Oestmann* 2011.

² Aus der reichhaltigen Literatur: *Dörr* 2006; *Oeter/Merli* 2007; *Sauer* 2008 sowie *Grabenwarter* 2011, S. 229-232.

³ Aus dem rechtswissenschaftlichen deutschen Schrifttum bislang *Funke* 2011; *Özkaraca* 2013; *Dienstbühl* 2013 sowie zuletzt *Wittreck* 2015, S. 120 ff.; *ders.* 2015, S. 270 ff. und *Ernst* 2015; vgl. ferner *Rohe* 2003; *ders.* 2011 sowie *Brockner* 2012. – Instruktives Interview mit dem Berliner „Friedensrichter“ *Hassan Allouche* in: *Betrifft Justiz* 108 (2011), S. 173-177.

⁴ Die Bezeichnung „back-alley‘ forms of dispute settlement“ findet sich bei *Ahmed/Luk* 2012, S. 441, die wohlgerne für die staatliche Anerkennung religiöser Schiedsgerichte plädieren und den ‚Hinterhof‘ als düstere Alternative ausmalen.

⁵ *Wagner* 2012. – Vgl. die kritische Besprechung des Bandes von *Brockner* 2011, S. 474-476; siehe ferner *Kaminski* 2011 sowie *Heintschel-Heinegg* 2011, H. 11, Editorial (abrufbar unter: http://www.ja-aktuell.de/cms/website.php?id=/de/studium_referendariat/editorial/ja_11-2011.htm).

⁶ Vergleichbarer Ansatz bei *Malik* 2012, S. 50, die katholische, jüdische und muslimische Spruchkörper untersucht (allerdings diejenigen der anglikanischen Staatskirche ausblendet).

⁷ Nur einige klassische Darstellungen: *Friedberg* 1872; *Hinschius* 1897, §§ 356, 374; *Schubert* 1927; *Rodes* 1988-1989; *Berman* 1995, S. 367-370, 413-435; *Eisenhardt* 2001; zuletzt magistral *Oestmann* 2012.

⁸ Berechtigter kritischer Hinweis auf eine Schlagseite der Debatten bei *Ahmed/Luk* 2012, S. 426.

Rechtfertigungsdruck,⁹ und auch die Reaktion der katholischen Amtskirche auf den Missbrauchskandal lässt sich durchaus als Ausdruck einer ganz spezifischen Auffassung von den Zuständigkeitsbereichen weltlicher und geistlicher Jurisdiktion deuten¹⁰. Mit anderen Worten: Wir müssen dem Islam nachgerade zwangsläufig Unrecht tun, wenn wir ihn beziehungsweise ‚seine‘ Richter losgelöst von anderen Phänomenen religiöser Gerichtsbarkeit betrachten.

Diese Betrachtung soll in vier Schritten erfolgen: Der Beitrag wird zunächst die verschiedenen Typen religiöser Gerichtsbarkeit herausarbeiten und ihr jeweiliges Konfliktpotential mit dem weltlichen Recht benennen (2.). Im Anschluss daran werden konkrete Rechtsprobleme namhaft gemacht, die eine geistliche Gerichtsbarkeit aufwirft (3.), bevor thematisiert wird, ob das geltende deutsche Recht diese Probleme zu lösen vermag bzw. ob es religiöse Gerichtsbarkeit zulässt oder gar fordert (4.). Am Schluss steht die Frage, wie viel Reichweite der säkulare Staat geistlicher Gerichtsbarkeit nach alledem einräumen kann, muss und sollte (5.).¹¹

2. Typen und Eskalationsstufen religiöser Gerichtsbarkeit

Die drei genannten Vorhaben illustrieren bereits die Vielfalt religiöser Gerichtsbarkeit;¹² dieses Feld gilt es zunächst zu vermessen. Dazu werden in einem ersten Schritt Kriterien benannt, nach denen sich die verschiedenen Erscheinungsformen einstufen lassen (2.1), bevor in einem zweiten Schritt die gängigen Typen vorzustellen sind, die im Rechtsvergleich zu beobachten sind (2.2). Am Ende steht die Frage nach ihrem jeweiligen Konfliktpotential mit dem weltlichen Recht (2.3).

⁹ Im ersten Zugriff statt aller *Joussen* 2011; näher unten 2.1, 2.2 und 3.1; vgl. auch die Folgeentscheidung des EGMR vom 28.6.2012, Az. 1620/03, in der dem Kirchenmusiker 40.000 € Schadensersatz nach Art. 41 EMRK zugesprochen wurden.

¹⁰ Kritisch wie hier *Loretan* 2012, S. 281 ff. – Vgl. zu den Reaktionsmöglichkeiten namentlich der katholischen Kirche *Lüdicke* 2012; *Platen* 2012; *May* 2012, S. 954 ff.; *Loretan* 2012; zuletzt *Hallermann* 2012. – Aus der Perspektive des Staatskirchenrechts *Germann*, 2011.

¹¹ Was der Verfasser im Folgenden präsentiert, ist der augenblickliche Stand seiner Irrtümer zu diesen Fragen. Und während die Irrtümer allein auf den Verfasser zurückzuführen sind und auch zurückfallen sollten, ist er gehalten, an dieser Stelle offenzulegen, dass der Beitrag neben eigenen auch Forschungsergebnisse seiner Doktorandinnen enthält. Das gilt an erster Stelle für die langjährige Assistentin Franziska Hötte, die 2013 die bis dahin einzige monografische Arbeit zur religiösen Schiedsgerichtsbarkeit vorgelegt hat (vgl. *Hötte* 2013). Eingeflossen sind ferner erste Resultate der laufenden Forschungsvorhaben von Frau Kathrin Bauwens zur informellen religiösen Gerichtsbarkeit sowie von Frau Fatma El cheikh Hassan zur sunnitischen religiösen Gerichtsbarkeit im Libanon. – Vgl. bislang hier etwa die Darstellungen von *Assaf* 1935, S. 117 ff.; *Gannagé* 1948; *Edelby* 1952; *Bilani* 1985; *Basile* 1993; *Mallat* 1997, S. 29 f.; *Kahlmeyer*, S. 61 ff. – Vgl. auch *Mahmassani* u.a. 1970, S. 36 ff., 136 ff.; *El Alami/Hinchcliffe* 1996 sowie zuletzt die instruktive historische Darstellung von *Méouchy* 2006.

¹² Eine Gesamtdarstellung fehlt bislang. Instruktive Überlegungen zu einer Typologie der Anerkennung religiösen Rechts bei *Sandberg* 2011, S. 182 ff.

2.1 Kriterien der Klassifizierung religiöser Gerichtsbarkeit

Geistliche Gerichte sind an einer Schnittstelle angesiedelt und können daher durch die Brille des Staates wie der Religionsgemeinschaften betrachtet werden.¹³ Nehmen wir an dieser Stelle die staatliche Position ein, so ist entscheidend, ob und wie der Staat sich zu geistlichen Gerichten in dreierlei Hinsicht verhält. Erstens: Das staatliche Recht kann sich gegenüber der religiösen Gerichtsbarkeit entweder indifferent geben oder sie ausdrücklich regeln. Zweitens: Wenn der Staat regelt, kann er nach gängigen Kategorien der allgemeinen Rechtslehre religiöse Gerichte entweder erlauben, anordnen oder verbieten.¹⁴ Drittens: An diese Regelungen lassen sich wiederum drei zentrale Folgefragen stellen: Welche Reichweite hat die geistliche Gerichtsbarkeit, werden ihre Entscheidungen vom Staat anerkannt bzw. durchgesetzt¹⁵ und unterliegen sie einer Kontrolle durch staatliche Gerichte?

An Beispielen illustriert: Zumindest normtextlich indifferent verhält sich die deutsche Rechtsordnung gegenüber dem eingangs umrissenen Phänomen der ‚Hinterhofgerichtsbarkeit‘.¹⁶ Ausdrücklich erlaubt ist hingegen die innerkirchliche Gerichtsbarkeit, sofern sie zur ‚Verwaltung der eigenen Angelegenheiten‘ i.S.v. Art. 137 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung zählt.¹⁷ Die regelrechte staatliche Anordnung einer kirchlichen Gerichtsbarkeit für bestimmte Sachbereiche ist typisch für islamische Staaten des Vorderen Orients¹⁸ sowie Israel;¹⁹ in Deutschland begegnet sie faktisch in Gestalt

¹³ *Sachs* 1989, S. 487 f. – Näher zur Existenzberechtigung geistlicher Gerichtsbarkeit einerseits *Lüdicke*, Kan. 1401 (1988), Rn. 2; *May* 1999, § 108, andererseits *Kästner* 1991, S. 160 ff. sowie *Hesse* 1994, § 17 (S. 537). – Knappe Synthese bei *Mikat* 1994, § 4 (S. 154).

¹⁴ Statt aller *Koller* 1997, S. 67 sowie *Rüthers u.a.* 2013, Rn. 124.

¹⁵ Hier ist zu differenzieren: Gemeint ist allein die *förmliche* Anerkennung, die Grundlage für das Zurverfügungstellen des staatlichen Zwangsapparats ist. Davon abzugrenzen wäre die *faktische* Anerkennung der Entscheidungen geistlicher Gerichte durch ihr staatliches Pendant. Ist beispielsweise eine Schenkung daran geknüpft, dass der Bedachte kirchlich verheiratet ist, so ist auch in der Bundesrepublik zu erwarten, dass das staatliche Gericht im Streit über die Rückforderung der Schenkung nicht selbst die Vorfrage prüft, ob die kirchliche Ehe (noch) besteht, sondern sich im Zweifel auf das einschlägige Urteil des sach- und fachnäheren kirchlichen Gerichts stützt. Vgl. dazu *Sachs* 1989, S. 494-495 sowie *Kissel/Mayer* 2013, § 13 Rn. 181a. – In Bundesgerichtshof, Entsch. v. 11.2.2000 – Az. V ZR 271/99, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 2000, S. 1555 (1556) verneint das Gericht die Justitiabilität der Frage der Vertretung einer jüdischen Gemeinde vor dem Hintergrund eines zivilrechtlichen Unterlassungsanspruch als innerkirchliche und damit nicht streitgegenständliche Vorfrage; in Bundesgerichtshof, Entsch. v. 28.3.2003 – Az. V ZR 261/02, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 2003, S. 2097 (2098) stellt das Gericht fest, dass die Entlassung eines Geistlichen aus dem kirchlichen Dienstverhältnis wegen einer disziplinarrechtlichen Maßnahme als Vorfrage für einen Zahlungsanspruch der Rechtmäßigkeitskontrolle durch die staatliche Gerichtsbarkeit entzogen ist. Allein eine Wirksamkeitskontrolle (*Willkürverbot*, *ordre public*, Begriff der guten Sitten) sei statthaft. – Allgemein zum Rechtsschutz der Kirchen vor staatlichen Gerichten *Weber* 1994, § 72.

¹⁶ A.A. offenbar *Wagner* 2012, S. 214 ff., der von einem impliziten Verbot der von ihm beschriebenen Praktiken ausgeht.

¹⁷ Ganz h.M.; siehe außer *Sachs* 1989, S. 489-490 aus der Kommentarliteratur nur v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-v. *Campehausen/Unruh*, Art. 137 WRV Rn. 113; *Sachs* 2014-*Ehlers*, Art. 140/Art. 137 WRV Rn. 6 sowie Friauf/Höfling-Muckel, Art. 140/Art. 137 WRV (2011), Rn. 33.

¹⁸ Zusammenfassend *Prader* 1977; *ders.* 1991; *Mahmood* 1995; *Mallat* 2007, S. 355 ff.; *Krüger* 2008; *Nasir* 2009, S. 34 ff. – Nachweise zu einzelnen Ländern bei *Jarawan* 1968; *Sadek/El Haddad* 1992, S. 39 ff.; *Sweiha* 1992; *Hamidian* 2004; *Messick* 2007.

¹⁹ Statt aller im ersten Zugriff *Scheffelowitz* 1987, S. 17 ff., 99 ff., 126 ff.; *Günzel* 2006, S. 100-101, 101 ff. sowie zuletzt *Cohn/Assan* 2012, S. 9 f., 37 ff., 67 ff. (einschlägige Rechtsdokumente) und *Weiss/Gross-Horowitz* 2013, S. 8 ff.

der kirchlichen Arbeitsgerichtsbarkeit, die staatlichen Rechtsschutz weitgehend ausschließt.²⁰ Ein regelrechtes Verbot geistlicher Gerichtsbarkeit ist hingegen selten; ein Beispiel für ein Teilverbot wäre die 1955 in Ägypten erfolgte Aufhebung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Fragen des sogenannten Personalstatuts,²¹ die nunmehr von staatlichen Gerichten (wenn auch weiterhin nach Regeln der Religionsgemeinschaften) entschieden werden.²²

2.2 Typen religiöser Gerichtsbarkeit

Welche gängigen Typen religiöser Gerichtsbarkeit lassen sich unter Zugrundelegung dieser Kriterien benennen (die folgende Aufzählung versteht sich dabei nicht als abschließend und lässt insbesondere Überschneidungen und Überblendungen zu)?

Typ eins ist die klassische kirchliche Gerichtsbarkeit,²³ die sich nach ihrem Selbstverständnis auf innere Angelegenheiten beschränkt (gängig sind Fragen der Organisation, der Glaubenslehre oder der wohlgeordnet kirchlichen Ehe²⁴). Die Durchsetzung ihrer Entscheidungen erfolgt grundsätzlich ohne Hilfe des Staates;²⁵ dem korrespondiert eine fehlende Möglichkeit der staatlichen Kontrolle.²⁶ Weltliche und geistliche Gerichtsbarkeit stehen hier unvermischt und unverbunden nebeneinander.

²⁰ Über Aufbau und Organisation orientieren *Wittreck* 2006, S. 257-258 (m.w.N.); *Belling* 2006, S. 1133-1134; *Fischermeier* 2007, S. 195 ff.; *Korta* 2010; *Werneke* 2011; sowie *Hierold* 2012.

²¹ Siehe zum Gesetz Nr. 462 (1955) näher *Hajjar* 1956; *Linant de Bellefonds* 1956; *Safran* 1958; *Sourial* 1973, S. 100-101; *Freig* 1974; *Aldeeb Abu-Sahlieh* 1979, S. 97 ff.; *Menhofer* 1995, S. 53 ff.; *Omar* 1996, S. 17 ff.; *Ebert/Hefny* 2008, S. 15 ff.

²² Zu den Folgeproblemen instruktiv *Masson* 1977; *Afifi* 1996; *Dupret* 2006; *Shaham* 2006; *Al-Sharmani* 2009, S. 91 ff. – Vgl. jetzt den Entwurf einer neuen Verfassung, der diesen Zustand im Kern fortschreibt: „Art. 3: For Egyptian Christians and Jews, the principles of their religious laws are the main source of legislation in personal and religious matters as well as in the selection of their spiritual leaders“, in der Übersetzung von A. Aboul Enein, in: *Daily News Egypt* v. 16.10.2012, abrufbar unter: <http://dailynewsegypt.com/2012/10/16/translation-of-the-released-constitutional-draft-part-1> (30.11.2012) und dazu erste Hinweise bei *Sherif* 2012; zur allgemeinen Entwicklung *Frankenberg* 2011.

²³ Zusammenfassend *Wittreck* 2006, S. 254 ff. – Näher zur katholischen Gerichtsbarkeit *May* 1999; *Wirth* 1999, § 109; *Schwendenwein* 2003, S. 245 ff., 416 ff.; *de Wall/Muckel* 2012, S. 174 ff.; zuletzt *Neudecker* 2013, S. 201 ff. – Zur evangelischen kirchlichen Gerichtsbarkeit *de Wall/Muckel* 2012, S. 352 ff.; *Kästner* 2004 sowie knapp *Germann* 2000, Sp. 740-741.

²⁴ Zur fast vollständigen Dominanz des Eheverfahrens insb. im katholischen Prozessrecht *Wenner* 2001, S. 551 ff. sowie *Lüdicke*, Einführung vor [Kan.] 1671 (1991), Rn. 4; näher *Assenmacher* 1999, § 111. – Ähnliche Umschreibungen der „innerkirchlichen“ Angelegenheiten aus religionsverfassungsrechtlicher Sicht bei *Rüfner* 1994, § 73, S. 1086; Dreier 2008-*Morlok*, Art. 137 WRV Rn. 50; v. Münch/Kunig 2012-*Mager*, Art. 140 Rn. 46.

²⁵ Unterstrichen von *Ehlers* 2004, S. 502 ff.; näher zum katholischen Kirchenrecht *Lüdicke*, Einführung vor [Kan.] 1650 (1991), Rn. 1 ff. – Abzugrenzen ist davon die Frage der möglichen Rechts- oder Amtshilfe zwischen geistlichen und weltlichen Gerichten; vgl. zur diesbezüglichen Praxis nochmals *Ehlers* 1994, § 74, S. 1120 ff.

²⁶ Vgl. für den Ausschluß staatlichen Rechtsschutzes in inneren Angelegenheiten der Kirchen *Unruh* 2009, § 6 Rn. 210; kritisch allerdings *Epping/Hillgruber* 2009-*Germann*, Art. 140 Rn. 54 m.w.N. – Zu den Grenzen BGH Neue Juristische Wochenschrift 2000, S. 1555 (1556); Dreier 2008-*Morlok*, Art. 137 WRV Rn. 56; v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-v. *Campenhausen/Unruh*, Art. 137 WRV Rn. 121; zum Spezialfall des kirchlichen Arbeitsrechts unten 3.1.

Typ zwei ist die wohlgerne staatlich anerkannte religiöse Schiedsgerichtsbarkeit²⁷: Hier erlaubt das staatliche Recht, dass sich Bürger in einer freiwillig eingegangenen Vereinbarung dem Urteil einer geistlichen Instanz unterwerfen, die nach religiösem Recht auch solche Streitigkeiten entscheidet, die nach geläufigem Verständnis weltlich sind, etwa die finanziellen Folgen der Scheidung der diesmal staatlichen Ehe oder einen Streit über einen Kaufvertrag.²⁸ Die Entscheidungen werden vom Staat zwangsweise durchgesetzt, unterliegen allerdings einer (wenn auch eingeschränkten) Kontrolle durch die ordentliche Gerichtsbarkeit.²⁹ Sofern ersichtlich, sind derartige staatlich anerkannte geistliche Schiedsgerichte in Deutschland weder aktiv noch streben Religionsgemeinschaften ihre Einrichtung an.³⁰ Hingegen besteht in den USA insbesondere eine rege jüdische Schiedsgerichtsbarkeit,³¹ und in Großbritannien judiziert ein staatlich anerkanntes „Matribunal“ („Muslim Arbitration Tribunal“).³²

Typ drei ist sodann die staatlich angeordnete kirchliche Gerichtsbarkeit, die entweder für bestimmte Gruppen oder für bestimmte Sachbereiche obligatorisch ist; der Staat bedient sich hier letztlich der geistlichen Gerichtsbarkeit zur Erfüllung seiner Gemeinwohlaufgaben. Damit gehen die zwangsweise Durchsetzung der Entscheidungen sowie wiederum ihre – im Umfang oft prekäre – Kontrolle einher. Prototy-

²⁷ Materialreich jetzt *Hötte* 2013. Vgl. aus der (primär angloamerikanischen) Literatur noch die Darstellungen von *Hosmer* 1981; *Johnston u.a.* 2000, abrufbar unter: http://www.cfcj-fcjc.org/sites/default/files/docs/hosted/16173-trad_dr.pdf (17.12.2012); *Lyll* 2000; *Rosenblatt*, 2005; *Chotalia* 2006, S. 63-78; *Wolfe* 2006-2007; *Shachar* 2008, S. 580 ff.

²⁸ Generell zum Modell der Schiedsgerichtsbarkeit *Rehm* 2009; *Schütze* 2012; *Hamann/Lennarz* 2012; zuletzt *Steiner* 2013.

²⁹ Konkret erfolgt nach § 1060 I ZPO die Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs; zuständig für diese Erklärung ist gem. § 1064 I Nr. 4 Var. 2 ZPO das vereinbarte oder örtlich zuständige Oberlandesgericht; näher *Rauscher u.a.* 2013-*Münch*, § 1060 Rn. 5. sowie *Hötte* 2013, S. 206 ff.

³⁰ Näher *Hötte* 2013, S. 191 ff. – Vgl. dazu auch die Stellungnahmen der verschiedenen islamischen Verbände, insbesondere die Grundsatzerklärung des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft, die folgendes feststellt: Nr. 10: „[...] Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora, sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten. [...] Nr. 11: [...] bejahen die im Zentralrat vertretenen Muslime [...] die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, [...]“ und Nr. 13: „[...] Das Gebot des islamischen Rechts, die jeweilige lokale Rechtsordnung anzuerkennen, schließt die Anerkennung des deutschen Ehe-, Erb- und Prozessrechts ein.“ Die Erklärung ist abrufbar unter <http://zentralrat.de/3035.php> (20.5.2013). Auf diese Charta beruft sich etwa der Vorsitzende des ZMD mit der Feststellung, der ZMD werde „keinesfalls einer parallelen islamischen Justiz das Wort reden“, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/islamische-schiedsgerichte-justizminister-sorgt-mit-scharia-vorschlag-fuer-aufregung/6149110.html> (20.5.2013).

³¹ Näher *Meislin* 1980; *Hardin* 1988-1989; *Freeman* 2001; *McClain* 2012, S. 322-323. – Zu christlichen und muslimischen (namentlich ismailitischen) Einrichtungen wiederum materialreich *Hötte* 2013, S. 90 ff., 99 ff. – Zur jüdischen Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz siehe *Strauss* 2004.

³² Zu dieser Einrichtung *Bano* 2009, S. 427; *Rafeeq* 2010, S. 124 ff.; *Rivers* 2010, S. 100 ff.; *Sandberg* 2011, S. 186; *ders.* 2010, S. 38 ff. sowie *Zucca* 2012, S. 55, 129-130; vgl. die Selbstdarstellung unter www.matribunal.com. – Daneben sind aus Großbritannien vielfältige Erscheinungsformen der informellen religiösen Schiedsgerichtsbarkeit zu verzeichnen (sogenannte *Sharia councils*): *Poulter* 1990/1993; *Badawi* 1995, S. 75; *Pearl* 1999, S. 111 ff.; *Yilmaz* 2003, S. 117 ff.; *Reiss* 2009; *Arshad* 2010; *Bano* 2011 sowie zuletzt *dies.* 2012. – Bestrebungen, ihren Aktionsradius einzuschränken, weist *McLoughlin* 2012, S. 637-638 nach; kritisch dazu wiederum *Ahmed/Luk* 2012, S. 425 (m.N. in Fn. 7) u. passim.

pisch ist die Handhabung in Israel³³: Hier sind Gerichte der verschiedenen Konfessionen für zentrale Fragen des Erb- und Familienrechts ausschließlich zuständig.³⁴ Konsequenz ist insbesondere die, dass Israelis bis 2010 mangels einer Zivilehe selbst dann nur nach den Regeln ‚ihrer‘ Religionsgemeinschaft heiraten konnten, wenn sie völlig areligiös waren.³⁵ Praktische Folge dieser Rechtslage war (und ist) ein steter Strom israelischer Staatsbürger, die zum Heiraten (erst recht aber zur Scheidung) nach Zypern ausweichen.³⁶ Das mag zunächst exotisch-fernliegend wirken; wie angemerkt, ist für kirchliche Bedienstete in der Bundesrepublik die Rechtslage keine substantiell andere, da ihnen regelmäßig lediglich der Rechtsweg zu den kirchlichen Arbeitsgerichten offensteht.³⁷

Typ vier wäre schließlich die eingangs als ‚Hinterhofgerichtsbarkeit‘³⁸ titulierte Rechtsprechungs- oder Schlichtungstätigkeit religiöser Funktionäre oder Würdenträger, die sich auf der Grundlage religiöser Streitigkeiten aller Art annehmen, die aus der Gemeinde an sie herangetragen werden.³⁹ Dies geschieht ohne jegliche staatliche Anerkennung oder Kontrolle, weshalb die ‚Entscheidungen‘ lediglich durch freiwillige Befolgung oder sozialen Druck umgesetzt werden.⁴⁰ Da der ‚Hinterhof‘ beliebig aktivierbare Negativassoziationen transportiert, schlägt der Verfasser für dieses Phänomen die Bezeichnung als ‚informelle religiöse Schiedsgerichtsbarkeit‘ vor.⁴¹ Schon an dieser Stelle darf dabei der Hinweis nicht fehlen, dass die vielzitierten ‚Friedensrichter‘ in Berlin und anderen Orten zwar überwiegend aus muslimischen Ländern stammen mögen, ihre Entscheidungen in der Mehrzahl aber gerade

³³ Aus der einschlägigen Literatur *Chigier* 1967; *Ben-Ami* 1976-1978; *Aloni* 1984, S. 49; *Rosen-Zvi* 1989; *Ghandour* 1990; *Edelmann* 1994; *Scolnicov* 2006; *Günzel* 2006, S. 101 ff.

³⁴ Konkret sind (*cum grano salis*) islamische Gerichte für das Erb- und Familienrecht, jüdische und christliche lediglich für das Familienrecht zuständig; siehe aus der einschlägigen Literatur *Layish* 1965; *ders.* 1979; *Culbertson* 1981; *Meron* 1982; *Maoz* 1991; *Reiter* 2001; *Cohn* 2004, S. 71; *Shahar* 2006, S. 36 ff. sowie *Abou Ramadan* 2007; im Detail *Margalith/Assan* 2012, S. 28 ff., 43 ff.

³⁵ Kritisch aus der israelischen Literatur statt aller *Cohn* 2002, S. 9 ff. sowie jetzt – im Ton schneidend – *Weiss/Gross-Horowitz* 2013, S. 36 ff., 164 ff. u. passim; vgl. auch *Eliash* 1983; *Fogiel-Bijaoui* 2003; *Dadoo* 2004, S. 18-19. – Das Projekt einer Zivilehe ist 2010 vom Gesetzgeber nochmals aufgegriffen und umgesetzt worden; allerdings steht sie lediglich solchen Personen offen, die nicht als Juden gelten. Ein weitergehender Vorstoß, der auch gleichgeschlechtliche und religionsverschiedene Paare erfassen sollte, ist zuletzt im Frühjahr 2012 in der Knesset gescheitert: siehe *Rössler* 2010, S. 5 sowie *Kier* 2012. Siehe zuletzt *Margalith/Assan* 2012, S. 33 sowie den Reformvorschlag von *Weiss/Gross-Horowitz* 2013, S. 189.

³⁶ Vgl. dazu nur *Einhorn* 2005, S. 142 u. passim sowie *Weiss/Gross-Horowitz* 2013, S. 28-29, 150 ff. – Zum Problem der religionsverschiedenen Ehen noch *Scheftelowitz* 1987, S. 32 ff.; *Hacker* 2009.

³⁷ Vgl. zur kirchlichen Arbeitsgerichtsbarkeit oben 2.1. Zum grundsätzlichen Ausschluss staatlichen Rechtsschutzes BVerfGE 70, 138 (165) sowie *Dütz* 2004; *Walter* 2006, S. 545 f. – Deziert kritisch Dreier 2008-*Morlok*, Art. 137 WRV Rn. 66. Einen Überblick über die Literatur bietet *Kästner* 1991, S. 85 ff.; vgl. zu neueren Entwicklungen unten 3.1.

³⁸ Als „klandestin“ bezeichnet von *Brocker* 2012, S. 320.

³⁹ Vgl. die Schilderungen bei *Wagner* 2012, S. 27 ff. – Reichhaltiges (und verlässlicheres) Material liegt hier insbesondere aus Großbritannien vor: *Poulter* 1998, S. 201 ff.; *Bano* 2007, S. 9 ff.; *Menski* 2008, S. 54 ff.; *Shah* 2011, S. 77 ff.; *Bano* 2012, S. 73 ff.

⁴⁰ Instruktiv auch *Heisig* 2012, S. 141 ff. sowie *Buschkowsky* 2012, S. 57 (dort allerdings mit teils problematischen Unter- wie Obertönen; vgl. etwa den Hinweis auf die erhöhte Zahl von Kindern von „Einwandererfrauen“ gegenüber „Bio-Deutschen“ [sic: S. 207]).

⁴¹ In der angloamerikanischen Literatur begegnen die Termini „Internal regulatory frameworks“ (*Pearl/Menski* 1998, S. 153) und „complex informal networks“ (*Poulter* 1998, S. 61).

nicht religiös motivieren oder gar aus der Sharia ableiten.⁴² Dementsprechend ist ihre Klientel zumeist landsmannschaftlich radiziert und nicht primär nach Kriterien der Konfessionszugehörigkeit bestimmt.⁴³

2.3 Eskalationsstufen religiöser Gerichtsbarkeit

Welches Konfliktpotential eignet diesen verschiedenen Typen geistlicher Gerichtsbarkeit? Sofern Konsens darüber besteht, was ‚eigene‘ Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften sind, erweist sich der erste Typ als weithin unproblematisch.⁴⁴ Konflikte sind nur zu gewärtigen, wenn die Grenzen der ‚eigenen‘ Angelegenheiten neu verhandelt werden müssen.⁴⁵ Ansonsten belegen beispielsweise die bekannten Auseinandersetzungen um ein Schisma in der bulgarischen Kirche hinlänglich,⁴⁶ dass weltliche Richter sich eigentlich nur verheben können, wenn sie anfangen, religiöse Wahrheitsfragen beantworten zu wollen.⁴⁷

Typ zwei (die staatlich anerkannte religiöse Schiedsgerichtsbarkeit) weist bereits deutlich mehr Reibungsflächen auf. Denn in der Sache öffnet sich der Staat für die Anwendung religiösen Rechts, das eigenen Funktionslogiken folgt⁴⁸ und letztlich nur einer eingeschränkten Kontrolle unterliegt.⁴⁹ Neuralgische Punkte sind die Freiwilligkeit der Unterwerfung unter die Schiedsabrede⁵⁰ sowie die genaue Reichweite der

⁴² Pointiert *Allouche* 2011, S. 174. Ähnlich *Scholz* 2011, S. 169.

⁴³ Näher *Scholz* 2011, S. 168-169.

⁴⁴ Ähnlich in der Einschätzung BVerfGE 18, 385 (386) sowie aus der Literatur Epping/Hillgruber 2009-Germann, Art. 140 Rn. 33; zurückhaltender v. *Campenhausen/de Wall* 2006, S. 317-318.

⁴⁵ Dies dürfte augenblicklich der Fall sein für den Bereich der kirchlichen Dienstverhältnisse; siehe Bundesarbeitsgericht, Entsch. v. 8.9.2011, Az. 2 AZR 543/10, Neue Juristische Wochenschrift 2012, S. 1099; *Winter* 2008, S. 219-220; für eine „Tendenzwende“ in diesem Bereich v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-v. *Campenhausen/Unruh*, Art. 137 WRV Rn. 119.

⁴⁶ Konkret sahen sich hier Behörden und Gerichte vor die Aufgabe gestellt, nach dem Ende der kommunistischen Diktatur zu entscheiden, welche von zwei rivalisierenden kirchlichen Hierarchien Zugriff auf Ressourcen und staatliche Unterstützung haben sollte; näher *Raikin* 1998 sowie *Broun* 1993; *dies.* 2000; *dies.* 2002; *dies.* 2004; speziell zur Frage der staatlichen Einwirkung *Duridanov* 2005, S. 117-118.

⁴⁷ Gleichsinnig *Magen* 2002, S. 901. Allerdings belegen zahlreiche Streitigkeiten, dass auch deutsche Gerichte keineswegs dagegen gefeit sind, religiöse Vorfragen zu klären. Dies gilt namentlich dann, wenn nach einem Disput innerhalb einer Religionsgemeinschaft konkurrierende Gruppen Eigentumsansprüche erheben. Vgl. den paradigmatischen Streit um die St. Salvator-Kirche in München (Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Entsch. v. 25.10.1995, Az. 7 B 90.3798, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1996, S. 1120 [1125] und BVerfGE 99, 100 [126] sowie dazu *Renck* 1996; zuvor *Reis* 1985, S. 189) sowie die Auseinandersetzungen um die Verteilung von Staatsleistungen an jüdische Gemeinden in Sachsen-Anhalt (BVerwGE 116, 86; dazu die Urteilsbesprechung von *Maurer* 2002) und zuletzt den vergleichbaren Streit in Brandenburg: Brandenb. VerFG, Entsch. v. 24.4.2012, Az. VfGBbg 47/11, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Rechtsprechungs-Report 2012, S. 577. – Zum gleichen Problem aus dem angloamerikanischen Rechtskreis *Hill* 2001 sowie *Greenawalt* 1998.

⁴⁸ Unterstrichen von *Rohe* 2008, S. 151-152, 154 ff.

⁴⁹ Überprüfbar sind beispielsweise die Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung, die Versagung rechtlichen Gehörs oder schwere Verfahrensverstöße gem. § 1059 II ZPO, s. dazu nur *Schütze* 2012, Rn. 605. – Zu den beschränkten Rechtsmitteln gegen den Schiedsspruch eines rabbinischen Schiedsgerichts unter schweizerischem Recht siehe *Strauss* 2004, S. 264 ff.

⁵⁰ Dazu pointiert *Shachar* 2008, S. 579, 588 ff. – In den USA gibt es hier eine reichhaltige (und keineswegs einhellige) Rechtsprechung zur Frage, ob die Drohung mit dem Ausschluss aus der (religiösen) Gemeinde ausreicht, um die Freiwilligkeit zu verneinen: vgl. nur *Liebermann v. Liebermann*, 149 Misc.

Überprüfung der Schiedssprüche durch staatliche Gerichte. Das Konfliktpotential illustriert die entgeisterte Reaktion der britischen Öffentlichkeit auf den Vorschlag des ehemaligen Erzbischofs von Canterbury *Williams*, eine entsprechende Schiedsgerichtsbarkeit für Muslime zu erlauben⁵¹ – erst nach reichlich verausgabter Empörung mussten sich die Briten (und der Erzbischof) darüber belehren lassen, dass solche Einrichtungen längst existieren.⁵²

Typ drei (die staatlich angeordnete religiöse Gerichtsbarkeit) steht nicht nur erkennbar in Spannung zur individuellen Religionsfreiheit (präziser: der negativen Religionsfreiheit) der Bürger, die sich auf diese Weise einer geistlichen Instanz unterworfen sehen, die sie womöglich zutiefst ablehnen.⁵³ Konflikte etwa zwischen dem Obersten Gerichtshof und dem Obersten Rabbinatsgericht in Israel⁵⁴ belegen zugleich, dass eine letztlich ihren Selbststand postulierende geistliche Gerichtsbarkeit sich staatlicher Kontrolle effektiv zu entziehen vermag.⁵⁵

Bleibt Typ vier (die informelle religiöse Schiedsgerichtsbarkeit). Sie kann ein enormes Konfliktpotential dann entfalten, wenn sie hinreichend soziale Mächtigkeit akkumuliert, um im eigenen Einzugsbereich Menschen auch dann zur Vollziehung ihrer Entscheidungen zu zwingen, die sich ihnen nicht freiwillig unterworfen haben,⁵⁶ und damit im Ergebnis die staatliche Gerichtsbarkeit eskamotiert.

3. Rechtsprobleme religiöser Gerichtsbarkeit

Damit sind wir bereits bei den möglichen Problemen rechtlicher Natur, die das Nebeneinander von weltlicher und geistlicher Gerichtsbarkeit mit sich bringen kann. Ich will sie wiederum in drei Schritten näher entfalten: An erster Stelle stehen klassische Kompetenzkonflikte beider Arten von Gerichten (3.1). Es folgt der Verdacht, dass geistliche Gerichte infolge ihrer Orientierung am religiösen Recht Grundrechtseinbußen bewirken, die insbesondere Frauen betreffen (3.2). Schließlich ist ganz grundsätzlich zu fragen, ob religiöse Gerichte entweder die Einheit der Rechtsordnung oder das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen (3.3).

2d 983, 566 N.Y.S. 2d 490 (494; N.Y. Sup. 1991) und dazu *Grossman* 2007, S. 198 sowie *Hötte* 2013, S. 78-79. – Der Versuch, die Sorge vor Zwang zu zerstreuen, bei *Ahmed/Luk* 2012, S. 430-431; ihr Hinweis, die zusätzliche Option der religiösen Streitschlichtung steigere individuelle Autonomie schon deshalb, weil nunmehr die Zahl der zur Wahl stehenden Möglichkeiten höher sei, dürfte aber am Problembezug vorbeigehen.

⁵¹ Quelle: *Williams* 2008, S. 268 ff. Gleichsinnig der hohe Richter *Philipps of Worth Matravers* 2008, S. 84 ff.; vgl. *Schlabach* 2009, S. 9.

⁵² Aus der Debatte: *Warraq*, 15.3.2010, abrufbar unter: <http://www.welt.de/die-welt/debatte/article6777055/Lust-auf-Scharia.html> (16.12.2012); sowie *Hill* 2010; *Ahmed/Luk* 2012; *Bano* 2012, S. 73 ff.

⁵³ Fallschilderungen aus Israel: *Halperin-Kaddari* 2002, S. 191 ff., 225 ff.; *Woods* 2008; materialreich jetzt *Weiss/Gross-Horowitz* 2013.

⁵⁴ Siehe näher sogleich unter 3.1.

⁵⁵ In der Einschätzung ähnlich *Edelmann* 1994, S. 65-66. Instruktiv die übergreifende Darstellung von *Hirschl* 2009.

⁵⁶ So *Brocker* 2012, S. 328. Ähnliche Befürchtungen äußern für Großbritannien *Jones/Gnanpala* 2000, S. 103, sowie für Kanada *Saris* 2006, S. 395 ff.; *Bakht* 2007, S. 124 ff.; differenziert und bezogen auf die Auswirkungen auf Frauen *Razack* 2008, S. 87 ff.; *Saris/Potvin* 2010.

3.1 Kompetenzkonflikte zwischen staatlicher und religiöser Gerichtsbarkeit

Dass und wie die verschiedenen Typen religiöser Gerichtsbarkeit mit ihren staatlichen Pendanten in Konflikt geraten können, sei anhand einiger weniger Fälle erläutert:

Während die kirchlichen Gerichte in der Bundesrepublik (Typ 1) an sich unauffällig sind, habe ich die kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit bereits als möglichen Konflikt-herd namhaft gemacht.⁵⁷ Hier hat unlängst der Fall des Chefarztes eines katholischen Krankenhauses in Düsseldorf Furore gemacht, dem – wenn auch erst nach Monaten der Duldung – wegen seiner Wiederverheiratung gekündigt wurde. Er ist insofern bedeutsam, weil hier die staatliche Gerichtsbarkeit quasi den Konflikt gesucht hat: Während nämlich die Arbeitsgerichte im Regelfall unter Hinweis auf die kirchliche Gerichtsbarkeit keinen Rechtsschutz gewähren,⁵⁸ haben sie hier in mehreren Instanzen die Kündigung für unwirksam erklärt.⁵⁹

Kurioser wirkt der Fall *Hirsch gegen Hirsch* aus der jüdischen Schiedsgerichtsbarkeit in den USA (Typ zwei)⁶⁰: Die Eheleute Hirsch hatten vertraglich vereinbart, etwaige Streitigkeiten vor ein jüdisches Schiedsgericht (*Beth Din*) zu bringen. Dieses setzte nach dem Scheitern der Ehe nicht allein den Kindesunterhalt unverhältnismäßig niedrig fest, sondern ordnete an, dass die im Eigentum des Vaters (!) der Ehefrau stehende gemeinsame Ehwohnung verkauft und der Erlös hälftig aufgeteilt werden solle. Dieser vergleichsweise dummdreiste Übergriff auf unbeteiligte Dritte scheiterte wiederum anschließend vor den Gerichten des Staates New York.

Ein offener und auch derzeit noch schwelender Konflikt ist ferner aus Israel zu verzeichnen. Wie dargelegt, sind hier aufgrund staatlicher Gesetze religiöse Gerichte namentlich für Fragen des Familienrechts zuständig;⁶¹ die Entscheidungen dieser geistlichen Gerichte unterliegen allerdings der – eingeschränkten – Überprüfung

⁵⁷ Sie gerät zusätzlich unter Druck durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der wegen einer von den Arbeitsgerichten nicht beanstandeten Kündigung eines Organisten unlängst die Bundesrepublik wegen der Verletzung von dessen Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8 Abs. 1 EMRK) verurteilt hat: EGMR, Ur. v. 23.9.2010, Az. 1620/03 – *Schüth/Deutschland*, Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 2011, S. 279 (279 ff., Rn. 43 ff., 53 ff.); vgl. dazu *Joussen* 2011; *Plum* 2011 sowie *Walter* 2012, S. 238 ff.

⁵⁸ So etwa BVerfGE 70, 138 (165), näher zu dieser Rechtsprechung *Rüthers* 1986, S. 358; *Thüsing* 2002, S. 309; v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-v. *Campenhausen/Unruh*, Art. 137 WRV Rn. 109; *Richardl* 2012, § 7 Rn. 17 ff.; kritisch *Budde* 2005, S. 356-357 sowie Dreier 2008-*Morlok*, Art. 137 WRV Rn. 62.

⁵⁹ Bundesarbeitsgericht, Ur. v. 8.9.2011 – Az. 2 AZR 543/10, Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 2012, S. 443 sowie als Vorinstanz Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Ur. v. 1.7.2010 – Az. 5 Sa 996/09, Medizinrecht 2011, S. 169; vgl. dazu aus der Literatur *Trebeck/Weber* 2012. – In der Sache hat das Bundesarbeitsgericht zwar bekräftigt, dass die Wiederverheiratung geschiedener kirchlicher Mitarbeiter als Loyalitätsverstoß zu werten ist und eine Kündigung rechtfertigen kann; zugleich hat es den Arbeitsgerichten allerdings ein Prüfprogramm aufgegeben, das neben der möglichen Kenntnis des Arbeitgebers von der Beziehung (oder ihrer stillschweigenden Duldung) insbesondere die Grundrechte des Arbeitnehmers stärker einbezieht. – Inzwischen ist auf Verfassungsbeschwerde des kirchlichen Trägers diese Entscheidung wiederum vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben worden: BVerfG, Entsch. v. 22.10.2014 – 2 BvR 661/12, Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 2014, S. 1387.

⁶⁰ Fundstelle: 4 A.D. 3d 451 (453), 774 N.Y.S. 2d 48 (NY, 2004). Näher dazu *Hötte* 2013, S. 72 m. Fn. 148.

⁶¹ Vgl. oben 2.3.

durch das Oberste Zivilgericht.⁶² Auslöser des Konflikts war der Versuch des israelischen Parlaments, gezielt die Rechte von Frauen im Unterhaltsrecht zu stärken.⁶³ Diesem Versuch hat sich wiederum das oberste Rabbinatsgericht verweigert, weil es ihn als unzulässigen Eingriff in das seiner Obhut anvertraute jüdische religiöse Recht brandmarkte. Das Oberste Zivilgericht hat diese Entscheidung zwar seinerseits kassiert,⁶⁴ verfügt aber über keine weiteren Mittel, die religiösen Gerichte tatsächlich zum Gehorsam gegenüber dem weltlichen Gesetz zu zwingen. Das Ende ist hier offen.⁶⁵

Bleibt die ‚Hinterhofgerichtsbarkeit‘. Hier ist nach Berichten aus Polizei und Justiz folgende Konstellation typisch⁶⁶: Nach einem gewaltsam ausgetragenen Streit werden zunächst Straftaten zur Anzeige gebracht (Körperverletzung, Nötigung, evtl. Freiheitsberaubung). Während die Ermittlungen laufen, tritt im Hintergrund ein ‚Friedensrichter‘ in Aktion, welcher zwischen den verfeindeten Gruppen einen Ausgleich herstellt, der regelmäßig eine Kompensationszahlung für die verletzte Seite beinhaltet. Im Gegenzug werden Strafanzeigen zurückgenommen bzw. Zeugen ‚verstummen‘ plötzlich. Das tatsächliche Ausmaß dieser Form von ‚Anstatt-Justiz‘ ist derzeit allerdings noch mehr Gegenstand von Spekulationen als der von belastbaren Erhebungen.⁶⁷

3.2 Grundrechtseinbußen infolge religiöser Gerichtsbarkeit

Es bleibt zweitens die Sorge, in Verfahren vor religiösen Gerichten seien die Grundrechte der Betroffenen entweder gar nicht garantiert oder zumindest substantiellen Eingriffen ausgesetzt.⁶⁸ Diesbezüglich tut Differenzierung not: Wir müssen erstens fragen, ob die Einschaltung einer religiösen Gerichtsbarkeit bereits als solche eine Grundrechtsminderung nach sich zieht. Zweitens wird zu prüfen sein, ob konkrete religiöse Rechtsordnungen in spezifischen Situationen Grundrechte verkürzen.

⁶² Näher *Frimer* 1990, S. 558-559; *Levin* 1991, S. 61-62; *Halperin-Kaddari* 2002, S. 191 ff., 225 ff., 231-232).

⁶³ Das Women's Equal Rights Law Nr. 5711-1951, 5 LSI 33 (1951-52; jetzt zugänglich in: *Margalith/Assan* 2012, Nr. B 13, S. 92-93), sieht vor, überkommene Ungleichbehandlungen abzubauen, enthält zugleich aber einen unklaren Vorbehalt zugunsten der religiösen Gerichtsbarkeit; siehe nur *Tedeschi* 1966, S. 228 ff. sowie *Cohn* 2004, S. 61-62.

⁶⁴ Fundstelle: High Court 1000/92 *Bavli v. The Supreme Rabbinical Court* P.D. 48 (2) 221 (1994). Vgl. dazu aus der israelischen Literatur näher *Halperin-Kaddari* 2002, S. 191 ff.; *Scolnicov* 2006, S. 732 ff. sowie *Cohn* 2004, S. 70 ff.

⁶⁵ Natürlich ist der geschilderte Konflikt nur eine spezielle Ausprägung der fundamentalen Auseinandersetzung um den Charakter als „jüdischer“ Staat: Vgl. dazu *Englard* 1968; *Kaufman* 1997-1998 sowie *Jackson* 2005, S. 264 ff.

⁶⁶ Vgl. *Wagner* 2012, S. 29 ff.

⁶⁷ Erste Untersuchungen: „Paralleljustiz“ – Abschlussbericht (Stand: 1. November 2012), verfasst vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unter Einbeziehung der Ergebnisse des Runden Tisches „Paralleljustiz“ (nicht veröffentlicht) sowie *Rohe* 2003, S. 411 ff. Vgl. ferner *Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz* 2014.

⁶⁸ Aus der deutschsprachigen Literatur *Wagner* 2012, S. 249 ff. – Breiten Raum nimmt diese Diskussion in den angelsächsischen Ländern, aber auch in Israel ein; einige repräsentative Beiträge: *Scolnicov* 2006, S. 739-740; *Rehman* 2007, S. 122-123; *Green* 2009, S. 4 ff.; *Namazie*, 5.7.2010, abrufbar unter <http://www.guardian.co.uk/law/2010/jul/05/sharia-law-religious-courts> (9.11.2012).

Zur ersten Frage: Inwiefern kann bereits die Einschaltung einer religiösen Gerichtsbarkeit als solche Grundrechte verletzen? Vergleichsweise evident ist der Fall dann, wenn der Staat die Anrufung geistlicher Gerichte für obligatorisch erklärt, wie es in Israel der Fall ist.⁶⁹ Denn in dieser Konstellation wird – zumindest nach deutschem Grundrechtsverständnis – die sogenannte negative Glaubensfreiheit tangiert, also die Freiheit, keinen Glauben zu haben und an religiösen Akten nicht teilnehmen zu müssen.⁷⁰ Ein Bürger Israels, der formal als Jude, Christ oder Muslim gilt, obwohl er an rein gar nichts glaubt, wird jedoch gezwungen, sich mit seinen familienrechtlichen Anliegen an religiöse Spruchkörper zu wenden.⁷¹

Der gleiche Effekt kann übrigens in Rahmen der staatlich anerkannten religiösen Schiedsgerichtsbarkeit auftreten, wenn sich die religiösen Präferenzen auf der Zeitachse ändern: Angenommen, ein jüdisches Ehepaar vereinbart bei der Hochzeit in beiderseits freier Entscheidung, etwaige Streitigkeiten durch ein religiöses Schiedsgericht zu klären.⁷² Die Ehe scheidet unter anderem deshalb, weil einer der Partner sich vom Glauben abkehrt. Kann er gleichwohl an der Schiedsvereinbarung festgehalten werden? Die Rechtsprechung der US-amerikanischen Gerichte ist hier gelinde gesagt uneinheitlich.⁷³

Die zweite Frage stellt sich als komplexer dar; hier ist nämlich nochmals nach dem religiösen Prozessrecht und dem materiellen religiösen Recht zu differenzieren. Auf der Hand dürfte zunächst liegen, dass religiöse Gerichte gleich welcher Couleur Grundrechte der Betroffenen verkürzen, wenn sie die im jüdischen wie im islamischen Recht belegbaren Maximen anwenden, wonach das Zeugnis von Frauen weniger Gewicht hat als das von Männern.⁷⁴ Hier hat etwa in den USA die ordentliche Gerichtsbarkeit die jüdischen Schiedsgerichte völlig zurecht zur entsprechenden

⁶⁹ Vgl. nochmals oben 3.1.

⁷⁰ Aus der deutschen Grundrechtsdogmatik nur v. *Campenhausen* 2009, § 157 Rn. 127 ff.; *Stern* 2011, S. 956 ff. (§ 118 III 4); *Dreier 2013-Morlok*, Art. 4 Rn. 69 sowie *Pieroth u.a* 2014, Rn. 558. – Aus der israelischen Literatur: *Rosen-Zvi* 1986, S. 226 ff.; *Maoz* 1996, S. 359 ff.; *Lapidoth* 1999, S. 9, 23; *Lerner* 2007, S. 252 ff., 260 ff.

⁷¹ Beissend kritisch *Kaufman* 1997-1998, S. 11; *Gross-Schaffer/Jacobsen* 2002, S. 544-545 sowie *Weiss/Gross-Horowitz* 2013, S. 164 ff.

⁷² Vgl. die Fallschilderung bei *Hötte* 2013, S. 234 (zum „right to exit“ ebda., S. 231 ff.).

⁷³ Zusammenfassend und m.w.N. zur staatlichen Durchsetzung religiöser Schiedsvereinbarungen und -sprüche *Hötte* 2013, S. 107 ff.; vgl. auch die ältere Darstellung von *Baron* 1974.

⁷⁴ Konkret sieht das klassische islamische Recht (wiederum mit zahlreichen Modifikationen durch die einzelnen Rechtsschulen) vor, dass das Zeugnis von Frauen im Zusammenhang mit schweren Delikten überhaupt nicht, im übrigen jedenfalls nur eingeschränkt zu berücksichtigen ist. So sollen etwa bei der Vereinbarung eines Darlehens entweder zwei Männer, oder aber, sofern nur ein Mann verfügbar ist, ein Mann und zwei Frauen als Zeugen anwesend sein (Koran, Sure 2:282); vgl. dazu *Tyan* 1960, S. 236 ff.; *Alwani* 1996 sowie *Rohe* 2011, S. 40; der Versuch einer gleichheitsgerechten Neuinterpretation des religiösen Rechts bei *Ahmad* 2011. – Im jüdischen religiösen Recht hingegen sind Frauen grundsätzlich keine tauglichen Zeugen vor dem Rabbinatsgericht: *Quint* 1990, S. 255 (relativierend allerdings ebda., S. 276 ff.) und ebenfalls relativierend *Strauss* 2004, S. 185. – Kritisch aus westlich-rechtsstaatlicher Sicht *Tucker* 2008, S. 133 ff.

Modifikation ihrer Verfahrensregeln gezwungen;⁷⁵ ähnlich ist der britische Gesetzgeber vorgegangen.⁷⁶

Schwieriger fällt die Antwort auf den in diesem Kontext regelmäßig geäußerten Vorhalt aus, die *Sachentscheidungen* nach religiösem Recht benachteiligten notwendig Frauen.⁷⁷ Dazu ist zunächst sorgfältig der Vergleichsmaßstab zu bestimmen, den eine Benachteiligung ja zwangsläufig voraussetzt. Hierbei gilt es den Denkfehler zu vermeiden, ohne Weiteres vom ‚Normalmodell‘ des deutschen Erb- und Familienrechts auszugehen, also den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die zur Anwendung kommen, wenn die Ehegatten keinerlei Individualabreden getroffen haben.⁷⁸ Denn während diese Bestimmungen durchweg von der strikten Gleichbehandlung der Geschlechter ausgehen,⁷⁹ lassen sie eingedenk der Privatautonomie der Beteiligten substantielle Abweichungen vom gesetzlichen Modell sowie den Verzicht auf an sich bestehende Rechtspositionen sehr wohl zu.⁸⁰ Zum Vergleich dürfen also streng genommen nur die Grenzen herangezogen werden, die das Gesetz und die Rechtsprechung solchen Individualabreden im Ehevertrag o.ä. setzen, um Ergebnisse zu vermeiden, die mit der Gleichberechtigung schlechthin unvereinbar sind⁸¹ oder erkennbar auf derart erheblicher Machtasymmetrie beruhen, dass von Freiwilligkeit nicht mehr die Rede sein kann.⁸²

⁷⁵ Vgl. *Shippee* 2004, S. 5 und dazu *Hötte* 2013, S. 48 ff., 58 ff. Instruktiv auch *Broyde* 2012.

⁷⁶ Zustimmung dazu auch bei *Ahmed/Luk* 2012, S. 443. – Vgl. den Arbitration Act 1996 und dazu *Harris u.a.* 2003; *Sandberg* 2011, S. 184 ff. sowie nochmals *Hötte* 2013, S. 177 ff.; siehe ferner *Ahmed* 2005, S. 72.

⁷⁷ Dieser Tenor in der deutschen Literatur speziell zur religiösen Gerichtsbarkeit etwa bei *Brocker* 2012, S. 317 u. 328; *Schachtschneider* 2011, S. 104-105; *Rohe* 2011, S. 398: „Wo traditionalistische oder islamistische Kräfte stark sind oder stark werden, wirkt sich das regelmäßig zuerst massiv zu Lasten der Frauenrechte aus“; *Wagner* 2012, S. 253-254. – Gute Zusammenfassung bei *Hassan* 1996; vgl. auch *Shachar* 2001, S. 55 ff. u. passim.

⁷⁸ So aber die Vorgehensweise bei *Schachtschneider* 2011, S. 105 sowie *Bock* 2012, S. 66: „erbrechtliche Benachteiligungen der überlebenden Ehefrau“ als Verstoß gegen Art. 3 Abs. 2 GG); ähnlich *Brocker* 2012, S. 317, für den es ausreicht, dass die Anliegen von Frauen von religiösen Gerichten „anders behandelt worden wären“ als von der staatlichen Justiz; gleichsinnig *ders.*, ebda., S. 317: Sie hätten von staatlichen Gerichten „günstigere Entscheidungen zu erwarten“; *Wallkamm* 2012, S. 25-26. – Differenzierend *Radford* 1999/2000.

⁷⁹ Betont von *Schwenzer* 1996, S. 113; *Schwab* 2011, § 21 Rn. 115; *Schlüter* 2012, § 2 Rn. 11; *Muscheler* 2012, § 8 Rn. 204.

⁸⁰ Zumindest einzelne Fachanwälte für Familienrecht empfanden beispielsweise handwerklichen Stolz auf Eheverträge, in den wohlgemerkt zu Lasten der Frau die „Triple-Null“ stand: Ausschluss von Unterhalt, Zugewinnausgleich und Versorgungsausgleich. Zu den Grenzen solcher Vertragswerke aus der jüngeren Rechtsprechung Bundesgerichtshof, Urt. v. 9.7.2008, Az. XII ZR 6/07, Neue Juristische Wochenschrift 2008, S. 3426 (3427); aus der anwaltlichen Beratungsliteratur Weinreich/Klein 2008-Klein, § 1585c Rn. 12 ff.

⁸¹ Dies wurde etwa angenommen für einen Ehevertrag, in dessen Rahmen die Ehefrau bei Abschluß des Vertrags schwanger war und die Ehegatten bewusst in Kauf nahmen, dass sie wegen Kindesbetreuung alsbald aus dem Berufsleben ausscheiden und bis auf Weiteres keine eigenen Versorgungsansprüche erwerben werde: Bundesgerichtshof, Beschl. v. 18.3.2009 – Az. XII ZB 94/06, Neue Juristische Wochenschrift 2009, S. 2124 (2124) und dazu *Münch* 2011, S. 507. Allgemein zu Grenzen, die der Gleichheitssatz der Ehevertragsautonomie zielt, Schulze u.a. 2012-Kemper, § 1408 Rn. 7 ff. – Abgewogen *Büchler* 2008, S. 226-227: die geschlechterspezifische Funktionszuweisung des islamischen Familienrechts begründe noch keinen Verstoß gegen den *ordre public*.

⁸² Dies hat die Rechtsprechung postuliert für den Fall, dass die Ehefrau bei Abschluss im neunten Monat schwanger ist und ihr der Vertragsentwurf erstmals in der notariellen Verhandlung bekannt gegeben

Wenn man aber einmal vom hohen Ross der streng formalen Gleichberechtigung nach Art. 3 Abs. 2 GG in die Niederungen der bundesdeutschen Kautelarjurisprudenz in Fragen des Erb- und Familienrechts hinabgestiegen ist, dann erweist sich die scheinbar kinderleichte Aufgabe, evidente Abweichungen des religiösen Familien- und Erbrechts vom grundrechtlich gebotenen gleichheitsrechtlichen Minimum dingfest zu machen,⁸³ als durchaus anspruchsvoll. Dies gilt insbesondere deshalb, weil etwa die Rechtsprechung muslimischer religiöser Gerichte nicht schematisch vorgeht, sondern bemerkenswert pragmatisch nach einer angemessenen Lösung für den Einzelfall sucht.⁸⁴ Thesenartig zusammengefasst: Die Sharia ist in diesem Bereich nicht notwendig gleichheitsavers – sie ist eher zu unbestimmt.⁸⁵

3.3 Einheit der Rechtsordnung und staatliches Gewaltmonopol

Es bleiben zwei Rechtsfiguren, die in der Debatte um religiöse (Parallel-) Gerichtsbarkeit gerne bemüht werden,⁸⁶ sich in der Autopsie aber als Scheinriesen entpuppen: Je näher man ihnen kommt, umso kleiner ist ihr greifbarer Gehalt. Die Rede ist von der ‚Einheit der Rechtsordnung‘ und dem ‚Gewaltmonopol‘ des Staates.

Vorab: In beiden Fällen sprechen wir nicht über explizit normierte Rechtsfiguren, sondern über ungeschriebene Instrumente aus dem reichhaltigen Formenschatz, den der Jurist dann bemüht, wenn das geschriebene Recht nicht mehr weiterhilft.⁸⁷

Die ‚Einheit der Rechtsordnung‘ ist im technischen Sinne ein Topos, der zur Anwendung gelangt, wenn die Anwendung unterschiedlicher Gesetze auf ein und denselben Sachverhalt zu abweichenden Ergebnissen führt.⁸⁸ Ich will das an einem Beispiel veranschaulichen: Ein Polizist wird zu einem Banküberfall gerufen; er erscheint am Tatort, wird sofort beschossen, schießt zurück und trifft einen der Täter tödlich. Nach dem Notwehrrecht (§ 32 des Strafgesetzbuches) hat er rechtmäßig gehandelt, weil er

wird: Bundesgerichtshof, Urt. v. 9.7.2008 – Az. XII ZR 6/07, Neue Juristische Wochenschrift 2008, S. 3426 (3427); dazu *Brudermöller* 2010, S. 3199. Im Überblick zum Gesichtspunkt der Machtasymmetrie *Schwenzer* 1996, S. 104 ff.; *Petzold* 2004, S. 24-25.

⁸³ Postuliert wird sie von *Dauner-Lieb* 2001, S. 319 ff.; *Schwab* 2011, § 30 Rn. 226; vgl. auch *Langenfeld* 1980, S. 20-21 (aber jeweils ohne konkrete Beispiele).

⁸⁴ Unterstrichen von *Pauli* 1994, S. 15-16 sowie *Rohe* 2011, S. 7; vgl. ferner *Shaham* 1997; *Dupret* 2006, S. 167-168; *Arshad* 2010, S. 148, 167 u. passim sowie *Sonneveld* 2012, S. 83 ff.

⁸⁵ Vgl. dazu auch die Literatur zum islamischen Familienrecht: *Rauscher* 1987; *Brems* 2003, S. 18: „It [der EGMR, F.W.] thereby neglects the multiplicity of schools of thought within Islamic law, where there are many thinkers promoting an interpretation of the sharia in conformity human rights“; *Schirrmacher/Spuler-Stegemann* 2004, S. 32-33: „gewisse Bandbreite an Auslegungen“; *Rohe* 2011, S. 17: „Die Bandbreite der Interpretation [der Sharia, F.W.] ist zwar nicht beliebig, aber doch außerordentlich groß“; *Wagner* 2012, S. 251 ff.

⁸⁶ Beispielsweise von *Kästner* 1991, S. 70-71, 99, 109 ff., 166 ff.; *Bielefeldt* 2003; *Rohe* 2001, S. 196-197; *ders.* 2011, S. 384; *Wagner* 2012, S. 228 ff., 238 ff.

⁸⁷ Wie hier in der Einordnung *Grzeszick* 2007, S. 103-104. – Vgl. noch zur (nah verwandten, aber eben nicht deckungsgleichen) Figur der „Einheit der Verfassung“ die gleichnamige Schrift von *Müller* 1979, S. 85 ff. u. passim.

⁸⁸ So auch *Röhl/Röhl* 2008, S. 154-155, 226 ff.; vgl. dazu ferner *Grzeszick* 2007, S. 93 ff., 103-104.

genau wie jeder andere Bürger sein Leben verteidigen darf.⁸⁹ Nach Polizeirecht dürfte er zumindest die Vorschriften über den Schusswaffengebrauch nur nach Androhung verletzt haben,⁹⁰ hat also möglicherweise rechtswidrig agiert. Dieses Ergebnis halten nun einige für unerträglich und versuchen es über die Berufung auf die vermeintliche ‚Einheit der Rechtsordnung‘ zu korrigieren.⁹¹ Das Beispiel sollte zugleich illustrieren, dass dies völlig unnötig ist, denn die Rechtsordnung verarbeitet die divergierenden Normbefehle auf ganz unterschiedlichen Ebenen⁹²: Die Notwehr betrifft die Frage, ob der Polizist sich individuell strafbar gemacht hat, die Vorschriften über den Schusswaffengebrauch werden im Disziplinar-, vielleicht auch im Staatshaftungsrecht relevant.⁹³ Tatsächlich ist die ‚Einheit der Rechtsordnung‘ nicht bloß ein Topos, sondern eher ein Mythos: In der Bundesrepublik kommen nebeneinander das Recht des Bundes und der Länder,⁹⁴ der europäischen Union⁹⁵ sowie über die Verweisungsregeln des sogenannten internationalen Privatrechts dem Grunde nach das Recht sämtlicher Staaten der Welt zur Anwendung⁹⁶ – übrigens auch die islamische Sharia, sofern das staatliche Recht auf sie verweist,⁹⁷ was neben vielen islamisch geprägten Staaten auch in Indien und Israel der Fall ist.⁹⁸ Juristen können mit dieser Vielfalt durchaus leben und arbeiten.

Das Gewaltmonopol des Staates ist demgegenüber im Kern ein rechtsphilosophisches Postulat,⁹⁹ das seine Überzeugungskraft namentlich aus den religiösen Bürgerkriegen der frühen Neuzeit gewonnen hat.¹⁰⁰ Der resultierende Grundgedanke,

⁸⁹ Praktisch unstrittig; statt aller *Lerche* 1977, S. 1041-1042; *Beisel* 1998, S. 721 ff.; Jähne/Laufhütte/Odersky 2006-*Spendel*, § 32 Rn. 268; *Dreier* 2007, S. 267; Schönke/Schröder 2014-*Perron*, § 32 Rn. 42b; *Lackner/Kühl* 2011, § 32 Rn. 17.

⁹⁰ Näher §§ 61, 63, 64 Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen und dazu *Pieroth u.a.* 2012, § 24 Rn. 23; *Tegtmeyer/Vahle* 2011, § 61 Rn. 4; *Dietlein* 2014, § 3 Rn. 247.

⁹¹ Derartige Überlegungen etwa bei Schönke/Schröder 2014-*Perron*, § 32 Rn. 42b.

⁹² So auch *Witzstrock* 2001, S. 119 ff.; *Joecks/Miebach* 2011-*Erb*, § 32 Rn. 190.

⁹³ Diese Lösung etwa bei *Arzt* 2007, S. 236; *Joecks/Miebach* 2011-*Erb*, § 32 Rn. 196.

⁹⁴ Zu den resultierenden Problemen bei der Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder *Jestaedt* 2004, § 29 Rn. 30 ff.; *Färber* 2001, S. 490 ff.; *Papier* 2012, S. 362-363.

⁹⁵ Dazu nur *Mangold* 2011, S. 451 ff. sowie *Hufeld* 2012, § 215.

⁹⁶ Dazu im Überblick *Bar/Mankowski* 2003, § 7 Rn. 3 ff.; *Looschelders* 2004, Übersicht Rn. 2 ff.; *Sonnenberger* 2010, Einl. IPR, Rn. 1 ff.

⁹⁷ Fälle aus der Rechtsprechung: Scheidung einer Ehe zwischen schiitischen Libanesen: Oberlandesgericht (OLG) Zweibrücken, Urt. v. 16.11.2001, Az. 2 UF 80/00, Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report 2002, S. 581; Wirksamkeit einer Vertragsstrafe wegen Eheverfehlung: OLG Hamm, Beschl. v. 11.7.1997, Az. 29 W 66-97, Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report 1998, S. 1542; keine gerichtliche Hausratsteilung bei mazedonischen Ehegatten: OLG Hamm, Beschl. v. 20.2.1998, Az. 5 UF 169-97, Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report 1998, S. 1542 f. – Aus der Literatur: *Lüderitz* 1990; *Jayme* 1999, S. 6 ff.; *Rohe* 2003; *Janßen* 2008, S. 424 ff.; *Coester-Waltjen* 2009; *Scholz* 2010. – Instruktiver rechtsvergleichender Überblick bei *Fournier* 2010; vgl. auch *Crawford/Carruthers* 2011.

⁹⁸ Zu Israel vgl. oben 3.1; zu Indien *Poulter* 1998, S. 221 ff.; *Larson* 2001, S. 15 ff.; *Das* 2004, S. 29 ff.; *Jain* 2005, S. 209 ff.; *Reenberg Sand* 2008; *Solanki* 2011, S. 267 ff.; *Govindaraj* 2011, S. 73 ff.; *Menski* 2012. – Zusammenschau beider Länder bei *Galanter/Krishnan* 2000. – Im Überblick zu islamischen Ländern, die auf religiöse Rechte verweisen, *Berger* 1999, S. 114-115; *Hefner* 2011.

⁹⁹ Dazu *Jellinek* 1914, S. 435 ff.; *Benda* 1995, § 17 Rn. 14 ff.; *Schulte* 1995, S. 131-132; *Gutmann* 2011, S. 35-36.

¹⁰⁰ Siehe *Jellinek* 1914, S. 454 ff.; *Reinhard* 1999, S. 352 ff.; *Gutmann* 2011, S. 35 ff.

dass lediglich der Staat berechtigt ist, legitime physische Gewalt auszuüben,¹⁰¹ lässt sich im geltenden Recht aus einer Gesamtschau des Polizei-, Prozess- und Vollstreckungsrechts herleiten (auch die Vorschriften über den Streitkräfteeinsatz zählen hierher).¹⁰²

Was sagen uns nun ‚Einheit der Rechtsordnung‘ und ‚staatliches Gewaltmonopol‘ in Fragen religiöser Gerichtsbarkeit? Still ruht der See: Sofern es so etwas wie die Einheit der Rechtsordnung überhaupt gibt, wird sie durch die Anwendung religiösen Rechts durch religiöse Gerichte nicht tangiert (sei es, dass diese vom Staat angeordnet oder geduldet wird); es findet lediglich eine weitere Ausdifferenzierung einer Rechtsordnung statt, die sich ohnehin in Richtung eines faktischen Rechtspluralismus bewegt.¹⁰³

Und das Gewaltmonopol steht erst dann zur Disposition, wenn sich eine religiöse Gruppe entweder anschickt, den Entscheidungen ihrer religiösen Gerichte durch eigene ‚Vollstreckungskommandos‘ Anerkennung zu verschaffen oder anderweitig offen zur Nichtanerkennung des staatlichen Anspruchs auf Rechtsgehorsam aufruft.¹⁰⁴ Dann ist der Staat gehalten, in den Modus der Strafverfolgung zu wechseln; ein genuines Problem religiöser Gerichtsbarkeit scheint mir dies aber nicht zu sein.

Nun könnte man einwenden, für das *Rechtsprechungsmonopol* als Ausschnitt oder Ausformung des Gewaltmonopols müsse anderes gelten.¹⁰⁵ Aber auch hier tut Präzisierung not: Richtig ist, dass nach Art. 92 GG die rechtsprechende Gewalt den Richtern „anvertraut“ ist, wie es etwas linkisch-erhaben heißt.¹⁰⁶ Daraus folgt aber nicht, dass jede Streitigkeit unter den Bürgern zwingend diesen (staatlichen) Richtern vorzulegen wäre. Ganz im Gegenteil sind erstens Bürger grundsätzlich frei, sich mit ihren Auseinandersetzungen an Freunde, Nachbarn oder eben auch Geistliche zu wenden.¹⁰⁷ Und zweitens ist umgekehrt niemand gehindert, seine Dienste als Schlichter anzubieten.¹⁰⁸ Vor diesem Hintergrund kann ein ‚Rechtsprechungsmonopol‘ nur in dem Sinne gelten, dass der Staat sich vorbehält, wiederum mit Gewalt vollstreckbare Entscheidungen entweder selbst zu fällen oder wie im Falle der

¹⁰¹ So oder vergleichbar in der Kurzdefinition *Weber* 1919, S. 8 sowie *Merten* 1975, S. 31; *Pieroth* 2011, S. 53 ff.

¹⁰² Wie hier *Isensee* 1982; *ders.* 2004, § 15 Rn. 88; *Möllers* 2011, S. 272 ff.

¹⁰³ Für diese Beobachtung nochmals *Oestmann* 2011, S. 100 ff. sowie aus der reichhaltigen Literatur zum Rechtspluralismus: *Griffiths* 1986; vgl. ferner die Beiträge in: Dupret u.a. 1999.

¹⁰⁴ Ähnlich *Schönke/Schröder* 2014-*Eser*, § 111 Rn. 11 ff.; *Schiller* 2011, S. 159 ff.

¹⁰⁵ So offenbar *Merten* 1975, S. 29-30 sowie *Kästner* 1991, S. 99 ff. – Allgemein zum Rechtsprechungsmonopol *Schleicher* 1968, S. 45 ff.; *Kästner* 1991, S. 112-113; *Wilke* 2007, § 112 Rn. 24 ff.; *Dreier* 2008-*Schulze-Fielitz*, Art. 92 Rn. 49 ff.; historische Skizze zur Herausbildung der „Justizhoheit“ des Staates bei *Wittreck* 2006, S. 38 ff.

¹⁰⁶ Näher zur Deutung *Reinhardt* 1997, S. 91 ff.; *Sodan* 2007, § 113 Rn. 11 ff.; v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-*Classen*, Art. 92 Rn. 32.

¹⁰⁷ Unterstrichen von *Prütting* 1997, S. 59 ff.; *Stürmer* 2001; *Kissel/Mayer* 2013, Einl. Rn. 133 ff.; allerdings muss dies immer aufgrund privatrechtlicher Einigung passieren, da eine staatliche Regelung, die grundsätzlich die Einschaltung eines „Nichtgerichts“ vorsieht, das Rechtsprechungsmonopol verletzt – siehe dazu *Stadler* 1998, S. 2484 sowie *Schroeder* 2012, S. 147.

¹⁰⁸ So auch *Greger* 2006, S. 4 ff.; *Montada/Kals* 2007, S. 22-23. Zu den Grenzen: *Prütting* 2003.

Schiedsgerichtsbarkeit ausnahmsweise Private damit zu betrauen (und zu kontrollieren).¹⁰⁹

4. Rechtsregime religiöser Gerichtsbarkeit

Wie fängt die deutsche Rechtsordnung diese Konflikte ein – wenn sie denn dazu in der Lage ist? Das sei wiederum in drei Schritten erläutert. Am Anfang steht die Frage, ob und in welchem Umfang die Grundrechte womöglich sogar *für* die Einrichtung einer religiösen Gerichtsbarkeit streiten (4.1). Dieses Ergebnis ist sodann mit den objektivrechtlichen Bestimmungen des deutschen Religionsverfassungsrechts abzugleichen (4.2.), bevor speziell mit Blick auf die informelle religiöse Gerichtsbarkeit der sogenannten Friedensrichter nach den (strafrechtlichen) Grenzen ihrer Tätigkeit zu fragen ist (4.3).

4.1 Grundrechtsregime religiöser Gerichtsbarkeit

Nachdem wir religiöse Gerichtsbarkeit bislang als potentielle Grundrechtsgefährdung problematisiert haben, müssen wir nun in umgekehrter Perspektive fragen, ob namentlich die in Art. 4 Abs. 1 und 2 GG gewährleistete Religionsfreiheit nicht nach der Einrichtung oder gar Anerkennung einer geistlichen Gerichtsbarkeit verlangt.¹¹⁰ Eine Antwort setzt zunächst eine kurze Orientierung über das herrschende Verständnis von Religionsfreiheit voraus, bevor wir prüfen können, ob sich die verschiedenen Typen darunter subsumieren lassen.

Vorab: Art. 4 GG gilt als durchsetzungsstarkes Grundrecht.¹¹¹ Das liegt an drei Weichenstellungen, die das Bundesverfassungsgericht – unter dem Beifall von weiten Teilen der Lehre – vorgenommen hat.¹¹²

Erstens: Die Religionsfreiheit gilt als *einheitliches* Grundrecht;¹¹³ die Rechtsprechung geht über die in Abs. 1 u. 2 normtextlich angelegte Unterscheidung des bloßen Habens eines Glaubens (*forum internum*) und seiner Ausübung (*forum externum*)¹¹⁴ hinweg und versteht Art. 4 GG weit als die Garantie, einen Glauben zu haben, ihn zu bekennen und nach ihm zu handeln.¹¹⁵ Insbesondere die letzte Zuspitzung sorgt da-

¹⁰⁹ Vergleichbar in der Präzisierung Greger 2006, S. 9 ff.; Gottwald 2001; Schwab/Walter 2005, Kap. 1, Rn. 1 ff. sowie Rehm 2009, S. 124-125.

¹¹⁰ Sie ist von der älteren Rechtsprechung vergleichsweise hemdsärmelig verneint worden: Bundesgerichtshof, Entsch. v. 12.12.1979 – Az. IV ZB 65/79, Neue Juristische Wochenschrift 1980, S. 1221.

¹¹¹ Zuletzt pointiert Steiner 2012, S. 1546-1547.

¹¹² Zusammenfassend zum folgenden Listl 1994, § 14; Walter 2006, S. 493 ff.; Borowski 2006, S. 354 ff.; v. Ungern-Sternberg 2008, S. 219 ff.; Wittreck 2013, S. 846 ff.

¹¹³ BVerfGE 24, 236 (245); 32, 98 (106) und 108, 282 (297). Zustimmend Walter 2006, S. 505-506; Borowski 2006, S. 373 ff.; Jarass/Pieroth 2014, Art. 4 Rn. 1; kritisch hingegen Muckel 2011, § 96 Rn. 63-64.

¹¹⁴ Näher zu dieser Differenzierung Hufen 2014, § 22 Rn. 10 sowie Epping 2012, Rn. 309 (S. 134).

¹¹⁵ BVerfGE 108, 292 (297); zustimmend Walter 2006, S. 505-506 sowie Jarass/Pieroth 2014, Art. 4 Rn. 10; kritisch hingegen Muckel 2011, § 96 Rn. 63-64.

für, dass es praktisch kein menschliches Tun gibt, das *per se* vom Schutzbereich der Religionsfreiheit ausgeschlossen wäre.¹¹⁶

Zweitens: Bei der Bestimmung, was ‚Religion‘ ist bzw. was von der Religion gefordert wird, stellt die Rechtsprechung auf das sogenannte Selbstverständnis des Grundrechtsträgers ab.¹¹⁷ Sofern dieser oder – so eine etwas strengere Lesart¹¹⁸ – eine gleichgesinnte Gruppe plausibel machen kann, dass nach seinem/ihrem religiösen Selbstverständnis ein bestimmtes Verhalten als ge- oder verboten gelten muss, ist die Berufung auf Art. 4 Abs. 1 u. 2 GG möglich.¹¹⁹

Drittens: Dieses Sich-berufen-Können hat deshalb gravierende Konsequenzen, weil Art. 4 GG nach der Rechtsprechung zu den sogenannten *vorbehaltlosen* Grundrechten gehört: Während etwa Berufs- oder Versammlungsfreiheit im Interesse von nicht näher qualifizierten Gemeinwohlbelangen durch Gesetze beschränkt werden können,¹²⁰ darf der Staat in den Schutzbereich der Religionsfreiheit nur eingreifen, wenn dies zum Schutz der Grundrechte Dritter oder anderer Rechtswerte erfolgt, die unmittelbar in der Verfassung niedergelegt sind.¹²¹

Zur Illustration sei ein Beispiel angeführt: Zumindest einzelne Gruppen innerhalb des Islams und des Judentums können plausibel darlegen, dass ihnen lediglich der Verzehr des Fleisches von solchen Tieren gestattet ist, die rituell und ohne Betäubung geschlachtet worden sind (auch Schächtung genannt).¹²² Ein Verbot oder auch nur eine Einschränkung dieser Praxis ist in Deutschland zumindest dem Grunde nach

¹¹⁶ Hier setzt die Kritik an, die eine „Ausuferung“ des Grundrechts annimmt: *Kästner* 1998, S. 977, 980. Zusammenfassung und Gegen-Kritik bei *v. Ungern-Sternberg* 2009.

¹¹⁷ BVerfGE 12, 1 (3); 24, 236 (247); 30, 415 (423); 44 37 (49); aus der Literatur zustimmend *Häberle* 1969, S. 389; *Morlok* 1993, S. 49 ff., insb. 52 ff., 78 ff., 393 ff. und passim; *Borowski* 2001; *Classen* 2006, Rn. 85; Dreier 2013-*Morlok*, Art. 4 Rn. 43, 59, 72 („zu plausibilisierende[s] Selbstverständnis“).

¹¹⁸ Namentlich BVerfGE 104, 337 (354: Selbstverständnis einer überschaubaren Bezugsgruppe) und BVerfGE 141, 223 (227: Selbstverständnis der Religionsgemeinschaft) sowie aus der Literatur *Walter* 2006, S. 506 ff. („Plausibilisierung“); *v. Ungern-Sternberg* 2008, S. 231-232; *Badura* 2012, Rn. C 58.

¹¹⁹ Grundsätzlich kritisch nach wie vor *Maunz/Dürig-Herzog* Art. 4 (1988), Rn. 104 sowie *Britz* 2000, S. 122 ff.

¹²⁰ Zum Mechanismus nur *Papier* 2009, § 64 Rn. 6; Dreier 2013-*Dreier*, Vorb. Rn. 139 ff.; *Pieroth/Schlink u.a.* 2014, Rn. 263 ff.

¹²¹ BVerfGE 19, 206 (107 f.); 52, 223 (247 f.); 93, 1 (21). Aus der Literatur wie das Gericht: *Fischer/Groß* 2003, S. 937; Dreier 2013-*Morlok*, Art. 4 Rn. 127; *Borowski* 2006, S. 502 ff.; *Sachs* 2014-*Kokott*, 4 Rn. 127 ff. – Hier setzt die zweite grundlegende Kritik an, die gerade im Hinblick auf die „Zumutungen“ islamischer religiöser Praktiken anregt, entweder die Religionsfreiheit insgesamt über Art. 136 Abs. 1 WRV einem einfachgesetzlichen Einschränkungsvorbehalt zu unterwerfen (so *Mayer* 1997, S. 562-563; *Muckel* 1998, S. 4 und *Pieroth/Schlink u.a.* 2014, Rn. 577) oder diesen zumindest für die Religionsausübung des Art. 4 Abs. 2 GG anzunehmen (so BVerfGE 112, 227 [231 f.] bzw. *Schoch* 2001, S. 165-166; *Lenz* 2006, S. 36 und *v. Mangoldt/Klein/Starck* 2010-*Starck*, Art. 4 Rn. 87 ff.).

¹²² Näher BVerfGE 104, 337 (346). Aus der umfangreichen Literatur *Pabel* 2002; *Oebbecke*, 2002; *Wittreck* 2003; *Horanyi* 2004; *Gartner* 2006; *Muckel/Tillmanns* 2008, S. 260-261; *Lavi* 2010; vgl. den Band zum von der Europäischen Union geförderten DIALREL Projekt von *Caspar/Luy* 2010 und *Köpernik* 2011.

erst möglich, seit durch Änderung des Art. 20a GG im Jahr 2002 der Tierschutz Verfassungsrang genießt.¹²³

Es gilt nun zu prüfen, ob die oben vorgestellten vier Typen nach dem Selbstverständnis religiöser Gruppen verpflichtend sein können. Das Ergebnis ist vergleichsweise evident, sofern es sich um die geistliche Gerichtsbarkeit in *inneren* Angelegenheiten handelt (Typ 1); hier dürfte einhellig anerkannt sein, dass etwa die Gerichtsbarkeit der christlichen Großkirchen von der Religionsfreiheit (hier in ihrer kollektiven bzw. korporativen Variante) gedeckt ist.¹²⁴ Komplexer gestaltet sich die Beurteilung der Typen 2 bis 4. Ausgangspunkt muss die Frage sein, ob religiöse Gruppen plausibel geltend machen können, dass ihnen nach ihrem Selbstverständnis geboten ist, Streitigkeiten allein nach den Regeln ihrer Glaubensgemeinschaft bzw. durch deren Organe entscheiden zu lassen.¹²⁵ Im Bezugsrahmen des islamischen und jüdischen religiösen Rechts ist ein solches Selbstverständnis zwar keineswegs Allgemeingut oder gar zwingend,¹²⁶ lässt sich aber von einzelnen Gruppen durch Verweis auf einschlägige Rechtstexte auch intersubjektiv nachvollziehbar behaupten.¹²⁷ Und selbst Christen könnten auf den 1. Korintherbrief verweisen (6, 1)¹²⁸: „Wie darf jemand unter euch, wenn er einen Streit hat mit einem andern, sein Recht suchen vor den Unge rechten und nicht vor den Heiligen?“¹²⁹

Wenn sich auf diese Weise die Forderung nach der Einrichtung oder Anerkennung religiöser Gerichtsbarkeit wohlge merkt dem Grunde nach dem Schutzbereich zuordnen lässt,¹³⁰ stellt sich die Folgefrage nach möglichen ‚Gegenrechten‘ i.S.v. Rechts-

¹²³ Die Folgeentscheidungen zur Schächtentscheidung belegen zugleich, dass selbst nach dieser Änderung ein Verbot im konkreten Einzelfall unverhältnismäßig sein kann: BVerfGK 16, 233 (237); BVerwGE 127, 183 und dazu *Dietz* 2007.

¹²⁴ v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-v. *Campehausen/Unruh*, Art. 137 WRV Rn. 113; Sachs 2014-*Ehlers*, Art. 140/Art. 137 WRV Rn. 6; Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke 2014-*Hofmann*, Art. 140 Rn. 22 sowie *Unruh* 2009, Rn. 162, 210; kritisch allerdings *Sacksofsky* 2009, S. 76.

¹²⁵ Anderer, universeller Ansatz bei *Funke* 2011, S. 56 ff.: Religiöses Sonderrecht dürfe nur auf Grundlage demokratischer Legitimation, nicht aber aufgrund göttlicher Autorität gelten, was die Anerkennung der staatlichen Rechtsetzung und die Problemwahrnehmung durch ein bürgerschaftliches „Wir“ voraussetze. Zu den Grenzen der Anwendung speziell islamischer Normen im deutschen Recht siehe *Rohe* 2007, S. 805, der ein religiöses „Kulturprivileg“ auf strafrechtliche Bagatellfälle beschränkt wissen möchte. – Prononcierte Gegenposition bei *Mégret* 2012, S. 31 ff., der für eine individualrechtliche Begründung eines „schwachen“ Rechtspluralismus votiert.

¹²⁶ Zu den unterschiedlichen Grundhaltungen von Muslimen zur geltenden Rechtsordnung siehe *Doi* 1987; *Rohe* 2011, S. 385 ff.; *ders.* 2001, S. 84 ff.; zur Flexibilität der religiösen Vorgaben für Muslime *Zacharias* 2008, S. 155 ff. sowie *Schlabach* 2009, S. 9-10: in einer Umfrage des Guardian vom November 2004 sprachen sich 61% der befragten in Großbritannien lebenden Muslime für eine Gerichtsbarkeit nach der Sharia aus, sofern die Urteile geltendem britischem Recht nicht widersprechen, wohingegen 30% dagegen waren. Vgl. auch den für einen „Islam Light“ in Europa streitenden *Abdel-Samad* 2010, S. 187 und *Brockner* 2012, S. 316, 330. – Zum Kollisionsprinzip des jüdischen religiösen Rechts siehe v. *Daniels* 2009, S. 117 sowie *Hötte* 2013, S. 20 ff.

¹²⁷ So auch das (Zwischen-)Ergebnis von *Witte/Nichols* 2012, S. 366-367, die gleichwohl im Ergebnis gegen mehr Spielraum für *sharia councils* votieren (ebda., S. 367 ff.).

¹²⁸ Vgl. dazu anhand der christlichen Schiedsgerichtsbarkeit *Hötte* 2013, S. 90-91.

¹²⁹ Vgl. zur herkömmlichen exegetischen Deutung (danach haben Christen einen Konflikt gütlich beizulegen, da die eschatologische Freiheit ihnen verbietet, heidnische Gerichte anzurufen) *Wolff* 1996, S. 111 ff. sowie *Lang* 1986, S. 76 ff.

¹³⁰ Dem kann natürlich entgegengehalten werden, dass Grundrechte in erster Linie Verhaltensfreiheiten sind und die Religionsfreiheit als Verhaltensfreiheit erst tangiert wäre, wenn eine Religionsgemeinschaft

werten von Verfassungsrang, die der Staat einer solchen Forderung entgegenhalten könnte. Sie muss einmal mehr differenziert ausfallen:

Wir haben bereits festgestellt, dass die vom Staat *obligatorisch* angeordnete geistliche Gerichtsbarkeit vom Typ 3 nach deutscher Rechtslage nicht möglich wäre, da sie die negative Religionsfreiheit solcher Personen verletzen müsste, die (nicht oder nicht mehr) ihrem Glauben anhängen.¹³¹ Weit weniger eindeutig fällt die Antwort bei den Typen zwei (staatlich anerkannte Schiedsgerichtsbarkeit) und vier (informelle Schiedsgerichtsbarkeit) aus. Wie ebenfalls festgehalten, verletzen beide den Gleichheitssatz und rechtsstaatliche Grundsätze unzweifelhaft dann, wenn sie Verfahrensrechte geschlechtsspezifisch abstufen (dem ließe sich im Rahmen einer staatlich anerkannten Schiedsgerichtsbarkeit wiederum durch entsprechende Vorkehrungen entgegenwirken).¹³² Da der Globalvorwurf, religiöse Rechtsordnungen räumten Frauen generell weniger Rechte ein, als ihnen die bundesdeutsche Rechtsordnung auch im Rahmen von Individualabreden garantiere, seinerseits auf schwachen Beinen steht, bleiben im Kern die Sorge um die Freiwilligkeit der Schiedsabrede und das staatliche Rechtsprechungsmonopol. Dass auch letzteres nur bedingt weiterhilft, haben wir ebenfalls gesehen.¹³³

4.2 Religionsverfassungsregime religiöser Gerichtsbarkeit

Fragt man angesichts dieser durchaus verfahrenen Situation, ob das im Kern in den nach Art. 140 GG fortgeltenden Normen der Weimarer Reichsverfassung kodifizierte Religionsverfassungsrecht weiterhilft, so fällt die Antwort knapp aus: Wie erörtert, ist die geistliche Gerichtsbarkeit in inneren Angelegenheiten (Typ 1) von Art. 137 Abs. 3 WRV gedeckt.¹³⁴ Umgekehrt dürfte eine staatlicherseits angeordnete obligatorische geistliche Gerichtsbarkeit nach israelischem Muster (Typ 3) auch dem Grundsatz der staatlichen Nichtidentifikation mit einer konkreten Religion widersprechen, der Ausdruck unter anderem in Art. 137 Abs. 1 WRV („Es besteht keine Staatskirche“) gefunden hat.¹³⁵ Einer religiösen *Schiedsgerichtsbarkeit* (in welcher Form auch immer) dürfte der Grundsatz hingegen kaum entgegenzuhalten sein, da der Staat hier lediglich religiöse Gruppen mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft (etwa dem Sport)

plausibel behaupten könnte, ihr sei entweder die Einrichtung von Gerichten *geboten* oder die Nutzung weltlicher Gerichte *verboten*; auf dieser Linie votiert gegen die Zuordnung zum Schutzbereich etwa *Funke* 2011, S. 46. – Rechtsvergleichend *Doe/Jeremy* 2001.

¹³¹ Vgl. oben bei 3.2. und in Fn. 70.

¹³² Vgl. oben 3.2.

¹³³ Siehe oben 3.3.

¹³⁴ Vgl. nochmals 2.1.

¹³⁵ Näher dazu aus der einschlägigen Literatur Dreier 2008-*Morlok*, Art. 137 WRV Rn. 20; *Heinig* 2009, S. 1140 sowie v. Mangoldt/Klein/Starck 2010-*v. Campenhausen/Unruh*, Art. 137 WRV Rn. 13.

gleichbehandelt und allen einen neutralen Rahmen bereitstellt, in dem er kontrollierte ‚Privatjustiz‘ anerkennt (oder eben duldet).¹³⁶

4.3 Strafrechtsregime religiöser Gerichtsbarkeit

In der Diskussion um die zumeist muslimischen ‚Friedensrichter‘, die ich nun abschließend wieder aufnehmen möchte, begegnet häufig die Frage, ob man das nicht ‚einfach verbieten‘ könne.¹³⁷ Zunächst lehrt jede Beschäftigung mit der Rechtssoziologie den Juristen Demut dergestalt, dass man Verbote zwar einfach aussprechen kann, ihre Umsetzung aber eine andere Sache sein mag.¹³⁸

Unabhängig von diesem Vollzugsproblem bleibt die Frage, ob sich für ein solches Verbot eine rechtliche Grundlage fände. Ich bin bislang von zivilrechtlichen Streitigkeiten ausgegangen, die grundsätzlich unproblematisch sind, sofern der Schlichter denn wirklich freiwillig eingeschaltet wird. Nun habe ich aber eingangs als typisch einen strafrechtlichen Fall geschildert, und hier ist die Rechtslage tatsächlich komplizierter:

Ausgangspunkt ist erneut der Grundsatz, dass der deutsche Staat zwar im Inland die Strafgewalt für sich reklamiert,¹³⁹ die seiner Gewalt Unterworfenen jedoch grundsätzlich nicht zwingt, Straftaten den Strafverfolgungsbehörden zu melden.¹⁴⁰ Auch hier wäre also ein privater Schlichtungsversuch etwa nach einer Körperverletzung im Ansatz keine Anmaßung staatlicher Hoheitsgewalt.¹⁴¹ Präziser entsteht hier ein dreischichtiges Modell:

In der mittleren Schicht findet sich die große Mehrzahl derjenigen Straftaten, die von Polizei und Staatsanwaltschaft zwar kraft Amtes verfolgt werden müssen¹⁴², wenn sie von ihnen erfahren. Dem korrespondiert aber keine *Pflicht* des Bürgers, solche Taten anzuzeigen oder anderweitig den Behörden zur Kenntnis zu bringen¹⁴³. Vor diesem Hintergrund ist die Intervention eines ‚Friedensrichters‘ differenziert zu betrachten: Wird er *vor* Einschaltung der Behörden tätig, handelt er dem Grunde nach legal, schließt aber selbst bei Herbeiführung einer Einigung *de iure* eine Strafverfolgung

¹³⁶ Wie hier *Classen* 2006, Rn. 581 (der jedoch vom staatlichen Justizgewährleistungsanspruch her argumentiert) sowie *Hötte* 2013, S. 237. Zur zugrundeliegenden Maxime der religiösen bzw. weltanschaulichen Neutralität des Staates zuletzt *Schaefer* 2012, S. 146 ff.

¹³⁷ So die Tendenz bei *Wagner* 2012, S. 228 ff.; vgl. ferner das Interview mit der damaligen bayerischen Justizministerin *Merk* 2012, S. 46 und *Gelinsky* 2012, S. 10; zuletzt kritisch *Ates* 2012, S. 66.

¹³⁸ Vgl. nur *Rehbinder* 2009, Rn. 125 und *Baer* 2014, S. 217 ff.

¹³⁹ Näher zum sogenannten Territorialitätsprinzip *Jeßberger/Werle* 2001, S. 37; Schönke/Schröder 2014-*Eser*, § 3 Rn. 1.

¹⁴⁰ Unterstrichen von Hannich 2008-*Griesbaum*, § 158 StPO Rn. 25 ff. und Meyer-Goßner 2012-*Schmitt*, § 158 Rn. 6a. Pointiert zu den Antragsdelikten *Hassemer* 2009, S. 235 ff.

¹⁴¹ Wie hier *Hirsch* 1990, S. 560 ff.; *Mühlfeld* 2002, S. 150-151; *Kaspar* 2004, S. 143 ff.; a.A. offenbar *Schünemann* 1990, S. B 66 ff., der informelle Verständigungen als im Strafrecht unzulässige Verhaltensweisen betrachtet und *Brocker* 2012, S. 329. Eine kritische und abstrakte Betrachtung möglicher Alternativen zum traditionellen Strafverfahren bietet *Kreuter* 1997.

¹⁴² Näher zu § 152 Abs. 2 StPO *Schmidt-Jortzig* 1989, S. 130 ff.; *Eisenberg/Conen* 1998 sowie Meyer-Goßner 2012, § 152 Rn. 2.

¹⁴³ So *Maurach u.a.* 2005, § 98 I Rn. 3 und Schönke/Schröder 2014-*Sternberg-Lieben*, § 138 Rn. 1.

nicht aus.¹⁴⁴ Sobald die Ermittlungsbehörden aktiv sind, stehen dem Grunde nach die Strafvereitelung (§ 258 StGB)¹⁴⁵ sowie der Vorwurf der Anstiftung zu Aussagedelikten im Raum,¹⁴⁶ sofern zum ‚Schlichterspruch‘ auch abgesprochene Aussagen oder deren Rücknahme bzw. Verweigerung zählen.

Anderes gilt für herausgehobene Straftaten, deren Nichtanzeige nach § 138 StGB ihrerseits strafbar ist;¹⁴⁷ zugleich belegt der Blick in den Katalog, dass es regelmäßig um Schwerstkriminalität geht, an deren Verfolgung der Staat ein nachvollziehbares erhöhtes Interesse hat. Hier ist unmittelbar einsichtig, dass der Versuch, solche Taten per Schlichtung „in der Familie“ zu regeln, verboten und strafbar bleibt¹⁴⁸ (so er denn seinerseits den Behörden zur Kenntnis gelangt).

Schließlich gibt es ein „Unterhaus“ von solchen Taten, die entweder nur auf ausdrücklichen Antrag des Verletzten geahndet werden (teils mit Gegenausnahmen für Fälle besonderen öffentlichen Interesses¹⁴⁹) oder von ihm sogar im Wege der Privatklage selbst verfolgt werden müssen.¹⁵⁰ Hier macht der Staat hinreichend deutlich, dass er ein gemindertes Interesse an der Strafverfolgung hat,¹⁵¹ was eine Schlichtung wiederum grundsätzlich ermöglicht.

¹⁴⁴ Die Folgefrage, ob eine vom „Friedensrichter“ herbeigeführte Ausgleichszahlung von den Gerichten als strafmildernd (im Sinne eines informellen Täter-Opfer-Ausgleichs; vgl. dazu aller *Schädler* 2005; *Kubink* 2008; *Kaspar* 2004, S. 148 ff.; *Zim* 2007, S. 35 ff.) oder als strafscharfend (wegen der impliziten Nichtanerkennung des staatlichen Strafanspruchs) beurteilt werden müsste, ist bislang – so ersichtlich – noch nicht entschieden worden.

¹⁴⁵ Eine solche setzt allerdings voraus, dass der Friedensrichter vorsätzlich und mit Vereitelungsdennz die Aufklärung von Straftaten ganz oder teilweise behindert, indem er die Beweisführung zugunsten des Tatverdächtigen beeinflusst. Sozialadäquates, insbesondere berufstypisches Verhalten scheidet aus dem Tatbestand aus. Oft wird danach die Tätigkeit des Friedensrichters nicht unmittelbar zum Vereitelungserfolg führen, da die bloße Einwirkung auf den Vortäter, im Strafverfahren keine oder unrichtige Angaben zu machen, den Tatbestand noch nicht erfüllt; siehe zur Vereitelungshandlung *Fischer* 2012, § 258 Rn. 7 und *Satzger* 2007, S. 758 ff.

¹⁴⁶ Konkret zwischen Täter und Opfer initiierte Gespräche, um im privaten Schlichtungsverfahren vor dem Friedensrichter eine höhere Entschädigungszahlung an das Opfer zu erzielen; näher dazu *Popp* 2011, S. 57 ff. und *Wagner* 2012, S. 176 ff., 193 ff.

¹⁴⁷ Näher dazu wie zum Zweck der Norm Schönke/Schröder 2014-*Sternberg-Lieben*, § 138 Rn. 1 ff. und *Rengier* 2012, § 52 Rn. 1.

¹⁴⁸ Wie hier *Bannenberg u.a.* 1999, S. 183: bei Gewaltstraftaten „erheblicher Art“ sollten Familien ihre Konflikte nicht selbst lösen; *Hirsch* 1990, S. 561; *Rohe* 2001, S. 194 ff.: Kulturprivileg im Strafrecht allerhöchstens bei Bagatellfällen; vgl. *dens.* 2008, S. 40-41; *dens.* 2011, S. 344-345 sowie *Mühlfeld* 2002, S. 177 ff., die zu dem Ergebnis gelangt, dass mit Ausnahme der Straftaten gegen die Allgemeinheit, bei denen es in der Regel an einem Opfer fehlt, keine Kategorie von Straftaten generell mediationsunfähig ist; a.A. hingegen *Bianchi* 1988, S. 113-114, der eine Mediation selbst bei Verbrechen zulassen möchte, dafür aber alle Berufungsrechte vor den staatlichen Gerichten garantiert sehen will.

¹⁴⁹ Beispielsweise bestimmte Fälle des sexuellen Missbrauchs von Jugendlichen nach § 182 Abs. 5 StGB, bestimmte Fälle der vorsätzlichen und fahrlässigen Körperverletzung nach § 230 Abs. 1 StGB, § 235 Abs. 7 StGB, § 238 Abs. 4 StGB. Siehe zu den sogenannten eingeschränkten Antragsdelikten statt aller Schönke/Schröder 2014-*Sternberg-Lieben/Bosch*, § 77 Rn. 6/7.

¹⁵⁰ Näher zu den Privatklagedelikten *Meyer-Goßner* 2012, § 374 Rn. 1 ff.

¹⁵¹ Wie hier Schönke/Schröder 2014-*Sternberg-Lieben/Bosch*, § 77 Rn. 4; *Meyer-Goßner* 2012, Vor § 374 Rn. 1a und *Lackner/Kühl* 2011, § 77 Rn. 1 ff.

Quintessenz: Die Tätigkeit eines (religiösen) ‚Friedensrichters‘ ist selbst in einem Streit über strafbare Handlungen als solche nicht *per se* strafbar und verboten,¹⁵² wohl aber strafgeneigt – je nach Ermittlungsstadium. Das Bild bleibt auch insofern uneindeutig.

5. Schluss: Religiöse Gerichtsbarkeit als bleibende Irritation im System des Verfassungsstaates

Müssen wir nach alledem auch *in puncto* paralleler religiöser Gerichtsbarkeit mit dem in diesem Kreise wohlvertrauten Phänomen der Ambiguität leben?¹⁵³

Ich fasse die bisherigen Ergebnisse nochmals zusammen: Geistliche Gerichtsbarkeit ist unproblematisch, sofern sie sich strikt auf einhellig als innerkirchliche anerkannte Sachverhalte erstreckt. Sie ist in Deutschland kategorisch ausgeschlossen, sofern sie vom Staat auch für solche Gruppen angeordnet wird, die der Referenzreligion des Gerichts nicht anhängen.

Im Übrigen gilt, dass religiöse ‚Paralleljustiz‘ dem Grunde nach den Schutz der Glaubensfreiheit für sich reklamieren kann, ohne dass ein Rechtswert von Verfassungsrang in Sicht wäre, der als *passepartout* ein globales Verbot jedweder Form von religiöser Schiedsgerichtsbarkeit rechtfertigen könnte. Vielmehr ist bereichsspezifisch darzutun, dass tatsächlich Strafgesetze verletzt, Grundrechte negiert oder die freiwilligen Unterwerfungen unter die geistliche Gerichtsbarkeit nur simuliert werden. Eine „Hermeneutik des Verdachts“ ist der Grundrechtsdogmatik dabei fremd.¹⁵⁴

Heißt das umgekehrt, dass wir gehalten oder zumindest gut beraten sind, entweder eine staatlich anerkannte religiöse Schiedsgerichtsbarkeit einzurichten oder die bislang informelle ‚aktiv‘ zu dulden bzw. als Kooperationspartner anzuerkennen?¹⁵⁵

¹⁵² Aus rechtssoziologischer Perspektive kritisch dagegen *Spittler* 1980: die staatlichen Rechtsinstanzen müssen stets die Definitions- und Entscheidungsmacht über das strafrechtliche Mediationsverfahren behalten; ebenso *Tränkle* 2007, S. 44-45, derzufolge Mediation und Strafverfahren gekoppelt sein müssen. – *Brockner* 2011, S. 475, wonach in westlichen Demokratien niemand „je ernsthaft gefordert hätte, auch hier [im Strafrecht, F.W.] eine religiös geprägte Parallelrechtsordnung zuzulassen“; kritisch auch *Heisig* 2012, S. 142, die ein „ungutes Gefühl [hatte], wenn das Recht aus der Hand gegeben und auf die Straße verlagert [wird], oder in ein paralleles System verschoben [wird], indem dann ein Imam oder andere Vertreter des Korans entscheiden, was zu geschehen hat.“ Offen gelassen von *Kaminski* 2011, S. 172.

¹⁵³ Statt aller *Bauer* 2011.

¹⁵⁴ In Anlehnung an den Philosophen *Paul Ricoeur* (*ders* 1974, S. 507 ff., der die Interpretationsstrategie geprägt hat, die den Sinn stets mit Angst und Misstrauen deutet und ihn auf ein unbewusstes Streben nach Macht zurückführt); vgl. zu dieser Deutung *Thompson* 1981, S. 46: „This type of hermeneutics is animated by suspicion, by a scepticism towards the given [...]“ und *Grondin* 2012, S. 28.

¹⁵⁵ Überlegungen in dieser Richtung bei *Rohe* 2003, S. 57 ff. – Mehr Material bietet hier das englischsprachige Ausland; vgl. etwa *Shachar* 2005, S. 87; *Sandberg* 2011, S. 184 ff.; zuletzt *Korteweg/Selby* 2012.

Zunächst dürfte der Gesetzgeber derzeit angesichts der gleich mehrfach unübersichtlichen Situation – *möglicherweise* könnten religiöse Gruppen plausibel behaupten, ihre Streitigkeiten nach religiösem Recht zu richten, und *möglicherweise* sind dabei Grundrechtsverletzungen zu befürchten – denkbar frei sein. In rechtspolitischer Perspektive streiten dabei gute Gründe gegen ein solches unaufgefordertes Entgegenkommen: Erste Forschungsergebnisse legen insbesondere nahe, dass religiöse Gerichtsbarkeit die Binnenkohäsion gerade von Gruppen mit Migrations- oder Diasporahintergrund steigert und zugleich deren religiöses Führungspersonal stärkt.¹⁵⁶ Das allein rechtfertigt kein Verbot, spricht aber dafür, gegen die Versuchung religiöser Paralleljustiz am Ideal des gleichen staatlichen Rechtsschutzes für alle dem Rechtsstaat Unterworfenen festzuhalten.¹⁵⁷

Zum Schluss möchte ich noch ein letztes Mal den Blick auf das Gesamtphänomen religiöser Gerichtsbarkeit weiten und unterstreichen, dass sie – in jeder Form – eine Irritation für das System des modernen Verfassungsstaates ist und bleibt. Irritationen sind allerdings für funktionierende Systeme überlebensnotwendig. Denn wenn von religiösen Gerichten oder religiösem Recht keinerlei Irritationen für den säkularen Rechtsstaat bzw. das weltliche Recht mehr ausgehen, wenn mit anderen Worten ein Zustand völliger Harmonie erreicht ist, dann haben wir es entweder mit einer Religion zu tun, die ähnlich wie das Heidentum in der Spätantike jede Lebenskraft ausgehaucht hat – oder wir leben bereits in einem Gottesstaat. Beides sollten wir nicht wollen.

¹⁵⁶ So mit Bezug auf das Familienrecht *Büchler* 2008, S. 238: „familienrechtsspezifische Struktur gefährden die gesellschaftliche Kohärenz und Kohäsion“; instruktiv auch *Pacini* 1998. Siehe ferner *Shachar* 2001, S. 17 ff. u. passim; *Rohe* 2011, S. 4-5 sowie eingehend *Bano* 2009, S. 253 ff., 261 ff.

¹⁵⁷ Insofern gleichlautend *Funke* 2011, S. 56; abstrakt formuliert von *Rohe* 2008, S. 170: „Religiöse Sätze bzw. Interpretationen, welche eine ‚Gegenordnung‘ zur bestehenden Verfassungsordnung wollen, können keinen Rechtsschutz genießen“; vgl. auch *Unberath* 2009, S. 100-101 sowie aus Sicht des Liberalismus *Brocker* 2012, S. 326 (dort m.w.N. in Fn. 43). – Aus der US-amerikanischen Literatur statt aller *McClain* 2012, S. 339-340; aus britischer Sicht *Ahmed* 2010, S. 222, 239. – Mehr Sympathie für den Rechtspluralismus äußert *Malik* 2012, S. 50 ff.; differenzierte Lösung bei *Shachar* 2008, S. 606-607.

Literaturverzeichnis

- Abdel-Samad, Hamed*, Der Untergang der islamischen Welt. Eine Prognose, München: Droemer 2010
- Aboulein, Ahmed*, Translation of the released constitutional draft-Part 1, in: Daily News Egypt v. 16.10.2012, <http://dailynewsegypt.com/2012/10/16/translation-of-the-released-constitutional-draft-part-1> (30.11.2012)
- Afifi, Mohamed*, Reflections on the Personal Laws of Egyptian Copts, in: El Azhary Sonbol, Amira (Hg.), Women, the Family, and Divorce Laws in Islamic History, Syracuse: Syracuse University Press 1996, S. 202-215.
- Ahmad, Nehaluddin*, Women's Testimony in Islamic Law and Misconceptions: A Critical Analysis, in: Religion and Human Rights 6 (2011), S. 13-23.
- Ahmed, Farrah*, Personal Autonomy and the Option of Religious Law, in: International Journal of Law, Policy and the Family 24 (2010), S. 222-244.
- Ahmed, Farrah/Luk, Senwung*, How Religious Arbitration Could Enhance Personal Autonomy, in: Oxford Journal of Law and Religion 1 (2012), S. 424-445.
- Al-Alwani, Taha J.*, The Testimony of Women in Islamic Law, in: The American Journal of Islamic Social Sciences 13 (1996), S. 173-196.
- Aldeeb Abu-Sahlieh, Sami Awad*, L'impact de la religion sur l'ordre juridique. Cas de l'Egypte. Non-Musulmans en pays d'Islam, Diss. iur. Freiburg/Ue. 1979.
- Aloni, Shulamit*, Religionsgesetz und Eherecht in Israel, in: Schneider, Karlheinz (Hg.), Staat und Religion in Israel, Berlin: Deutsch-israelischer Arbeitskreis f. Frieden im Nahen Osten 1984, S. 49-73.
- Al-Sharmani, Mulki*, Egyptian Family Courts: A Pathway of Women's Empowerment?, in: Hawwa. Journal of Women in the Middle East and the Islamic World 7 (2009), S. 89-110.
- Arshad, Raffia*, Islamic Family Law, London: Sweet & Maxwell 2010.
- Arzt, Clemens*, Europäische Menschenrechtskonvention und polizeilicher Todeschuss – Zugleich eine Besprechung des Urteils des EGMR Makaratzis/Griechenland, in: Die öffentliche Verwaltung 2007, S. 230-237.
- Assaf, J. G.*, La competence des tribunaux du statut personnel au Liban et en Syrie, Beirut: Imprimerie Khalifé 1935.
- Assenmacher, Günter*, Die Eheverfahren, in: Listl, Joseph/Schmitz, Heribert (Hg.), Handbuch des katholischen Kirchenrechts, 2. Aufl. Regensburg: Pustet 1999, § 111, S. 1187-1208.
- Ates, Seyran*, Im Schatten des deutschen Rechtsstaats entsteht islamische Paralleljustiz, in: Die Zeit Nr. 49 v. 29.11.2012, S. 66.

Badawi, Zaki, Muslim Justice in a Secular State, in: King, Michael (Hg.), God's Law versus State Law. The Construction of an Islamic Identity in Western Europe, London: Grey Seal Books 1995, S. 73-80.

Badura, Peter, Staatsrecht, 5. Aufl., München: C. H. Beck 2012, Rn. C 58.

Baer, Susanne, Rechtssoziologie, 2. Aufl., Baden Baden: Nomos 2014.

Bakht, Natasha, Religious Arbitration in Canada: Protecting Women by Protecting Them from Religion, in: Canadian Journal of Women and Law 19 (2007), S. 119-144.

Bannenbergh, Britta, Mediation bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen, Baden-Baden: Nomos 1999.

Bano, Samia, Islamic Family Arbitration, Justice and Human Rights in Britain, in: Law, Social Justice & Global Development 2007, S. 1-26.

Bano, Samia, Multicultural Interlegality? Negotiating Family Law in the Context of Muslim Legal Pluralism in the UK, in: Freemann, Michael/ Napier, David (Hg.), Law and Anthropology, Oxford/New York: Oxford University Press 2009, S. 408-429.

Bano, Samia, Multicultural Interlegality? Negotiating Family Law in the Context of Muslim Legal Pluralism in the UK, in: Freemann, Michael/Napier, David (Hg.), Law and

Anthropology, Oxford/New York: Oxford University Press 2009, S. 408-429.

Bano, Samia, Cultural translations and legal conflict: Muslim women and the Shari'a councils in Britain, in: Hellum, Anne (Hg.), From transnational relations to transnational laws, Farnham u.a.: Ashgate 2011, S. 165-188.

Bano, Samia, Muslim women and Shari'ah Councils. Transcending the boundaries of community and law, Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan 2012.

von Bar, Christian/Mankowski, Peter, Internationales Privatrecht, Bd. I, München: C. H. Beck 2. Aufl. 2003.

Baron, A. Frank, The Treatment of Jewish Law in American Decisions, in: Israel Law Review 9 (1974), S. 85-96.

Basile, Basile P., Statut personnel et compétence judiciaire des communautés confessionnelles au Liban. Étude juridique comparée, Kaslik: Université Saint-Esprit 1993.

Bauer, Thomas, Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams, Berlin: Verlag der Weltreligionen 2011.

Beisel, Daniel, Straf- und verfassungsrechtliche Problematiken des finalen Rettungsschusses, in: Juristische Arbeitsblätter 1998, S. 721-727.

Belling, Detlev W., Kirchliches Arbeitsrecht und kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit, in: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 2006, S. 1132-1135.

Ben-Ami, Maimon H., Christian Courts in Israel, in: Christian News from Israel XXVI (1976-1978), III/IV, S. 128-131.

Benda, Ernst, Der Soziale Rechtsstaat, in: ders./Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl., Berlin: de Gruyter 1994, § 17, S. 719-797.

Berger, Maurits S., The Shari'a and Legal Pluralism – The Example of Syria, in: Dupret, Baudouin /ders./al-Zwanini, Laila (Hg.), Legal Pluralism in the Arab World, Den Haag: Kluwer Law International 1999, S. 113-124.

Berman, Harold J., Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995.

Bianchi, Hermann, Alternativen zur Strafjustiz: biblische Gerechtigkeit, Freistätten, Täter-Opfer-Ausgleich, München: Kaiser 1988.

Bielefeldt, Heiner, Muslime im säkularen Rechtsstaat. Integrationschancen durch Religionsfreiheit, Bielefeld: Transcript 2003.

Bilani, Bashir, Personal Status, in: El-Gemayel, Antoine E. (Hg.), The Lebanese Legal System, Bd. I, Washington: International Law Institute 1985, S. 267-390.

Bock, Wolfgang, Islam, Islamisches Recht und Demokratie, in: Juristenzeitung 2012, S. 60-67.

Borowski, Martin, Der Grundrechtsschutz des religiösen Selbstverständnisses, in: Haratsch, Andreas u.a. (Hg.), Religion und Weltanschauung im säkularen Staat, Stuttgart: Boorberg 2001, S. 49-80.

Borowski, Martin, Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.

Brems, Eva, The approach of the European Court of Human Rights to Religion, in: Marauhn, Thilo (Hg.), Die Rechtsstellung des Menschen im Völkerrecht. Entwicklung und Perspektiven, Tübingen: Mohr Siebeck 2003, S. 1-19.

Britz, Gabriele, Kulturelle Rechte und Verfassung, Tübingen: Mohr Siebeck 2000.

Brockner, Manfred, Rezension: Joachim Wagner, Richter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat, in: Zeitschrift für Politik 58 (2011), S. 474-476.

Brockner, Manfred, Scharia-Gerichte in westlichen Demokratien. Eine Betrachtung aus Sicht der politischen Philosophie, in: Zeitschrift für Politik 59 (2012), S. 314-331.

Broun, Janice, The Schism in the Bulgarian Orthodox Church, in: Religion, State and Society 21 (1993), S. 207-220.

- Broun, Janice*, The Schism in the Bulgarian Orthodox Church, Part 2: Under the Socialist Government, 1993-97, in: Religion, State and Society 28 (2000), S. 263-289.
- Broun, Janice*, The Schism in the Bulgarian Orthodox Church, Part 3: Under The Second Union of Democratic Forces Government, 1997-2001, in: Religion, State and Society 30 (2002), S. 365-394.
- Broun, Janice*, The Bulgarian Orthodox Church: the continuing schism and the religious, social and political environment, in: Religion, State and Society 32 (2004), S. 209-245.
- Broyde, Michael J.*, New York's Regulation of Jewish Marriage: Covenant, Contract, or Statute?, in: Nichols, Joel A. (Hg.), Marriage and Divorce in a Multicultural Context, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2012, S. 138-163.
- Brudermüller, Gerd*, Die Entwicklung des Familienrechts seit Mitte 2009 – Güterrecht und Versorgungsausgleich, in: Neue Juristische Wochenschrift (2010), S. 3198-3202.
- Büchler, Andrea*, Kulturelle Vielfalt und Familienrecht. Die Bedeutung kultureller Identität für die Ausgestaltung europäischer Familienrechtsordnungen – am Beispiel islamischer Rechtsverständnisse, in: Nolte, Georg u.a. (Hg.), Pluralistische Gesellschaften und Internationales Recht, Heidelberg u.a.: C. F. Müller 2008, S. 215-252.
- Budde, Petra*, Kirchenaustritt als Kündigungsgrund? – Diskriminierung durch kirchliche Arbeitgeber vor dem Hintergrund der Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/78/EG, in: Arbeit und Recht 2005, S. 353-359.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Gibt es eine Paralleljustiz in Deutschland?, 2014 (abrufbar unter <http://www.bmjv.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2014/20141111-Studie-Paralleljustiz.html>; zuletzt 25.10.2015).
- Buschkowsky, Heinz*, Neukölln ist überall, 8. Aufl., Berlin: Ullstein 2012.
- Campenhausen, Axel Frhr. v./de Wall, Heinrich*, Staatskirchenrecht, 4. Aufl., C. H. Beck: München 2006.
- Campenhausen, Axel Frhr. v./Unruh, Peter*, Kommentierung von Art. 137 WRV, in: Mangoldt, Hermann v./Klein, Friedrich/Starck, Christian (Hg.), Grundgesetz, Bd. III, 6. Aufl., München: Vahlen 2010.
- Caspar, Johannes/Luy, Jörg (Hg.), Tierschutz bei der religiösen Schlachtung/Animal Welfare at Religious Slaughter, Baden Baden: Nomos 2010.
- Chigier, M.*, The Rabbinical Courts in the State of Israel, in: Israel Law Review 2 (1967), S. 147-181.
- Chotalia, Shirish P.*, Arbitration Using Sharia Law in Canada: A Constitutional and Human Rights Perspective, in: Constitutional Forum 15 (2006), S. 63-78.
- Classen, Claus Dieter*, Religionsrecht, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.

Coester-Waltjen, Dagmar, Das religiöse jüdische Recht im internationalen Privat- und Verfahrensrecht, in: Baur, Jürgen F./Sandrock, Otto u.a. (Hg.), Festschrift für Gunther Kühne zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M.: Recht und Wirtschaft 2009, S. 669-688.

Cohn, Haim H., Religious Freedom and Religious Coercion in the State of Israel, in: Human Rights Review 3 (2002), S. 3-35.

Cohn, Margit, Women, Religious Law and Religious Courts in Israel – The Jewish Case, in: Retfaerd. Nordisk juridisk tidsskrift 27 (2004), S. 57-76.

Crawford, Elizabeth B./Carruthers, Janeen M., The Place of Religion in Family Law: The International Private Law Imperative, in: Mair, Jane/Örücü, Esin (Hg.), The Place of Religion in Family Law: A Comparative Search, Cambridge/Antwerpen/Portland: Intersentia 2011, S. 37-72.

Culbertson, Philip L., The Anglican Family Court in Israel and the West Bank, in: Journal of Church and State 23 (1981), S. 285-308.

Dadoo, Suroya, Love and Marriage in Israel: Palestinian and Non-Orthodox Israelis Need Not Apply, in: Washington Report on Middle East Affairs 23 (2004), S. 18-19.

Daniels, Justus v., Religiöses Recht als Referenz. Jüdisches Recht im rechtswissenschaftlichen Vergleich, Tübingen: Mohr Siebeck 2009.

Das, Ira, Staat und Religion in Indien: Eine rechtswissenschaftliche Untersuchung, Tübingen: Mohr Siebeck 2004.

Dauner-Lieb, Barbara, Reichweite und Grenzen der Privatautonomie im Ehevertragsrecht, in: Archiv für die civilistische Praxis 201 (2001), S. 295-332.

de Bellefonds, Linant Y., La suppression des juridictions de statut personnel en Égypte, in: Revue international de droit comparé 8 (1956), S. 412-425.

De Wall, Heinrich/Muckel, Stefan, Kirchenrecht, 3. Aufl., München: C. H. Beck 2012.

Dienstbühl, Dorothee, Paralleljustiz in Deutschland – Machtlose Polizei?, in: Deutsche Polizei 2013:10, S. 4-8.

Dietlein, Johannes, Polizei- und Ordnungsrecht, in: ders./Burgi, Martin/Hellermann, Johannes (Hg.), Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen, 5. Aufl., München: C. H. Beck 2014, § 3, S. 283-467.

Dietz, Andreas, Das Schächten im Spannungsfeld zwischen Religionsfreiheit und Tierschutz, in: Die öffentliche Verwaltung 2007, S. 489-496.

Doe, N./Jeremy, A., Justifications for Religious Autonomy, in: O'Dair, Richard/Lewis, Andrew (Hg.), Law and Religion, Oxford: Oxford University Press, S. 421-442.

Doi, Abdur Rahman, Duties and Responsibilities of Muslims in Non-Muslim States: A Point of View, in: Journal of the Institute of Muslim Minority Affairs 8 (1987), S. 42-61.

- Dörr, Oliver*, Rechtsprechungskonkurrenz zwischen nationalen und europäischen Verfassungsgerichten, in: Deutsches Verwaltungsblatt (2006), S. 1088-1099.
- Dreier, Horst (Hg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. III, 2. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck 2008.
- Dreier, Horst (Hg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. I, 3. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck 2013.
- Dreier, Horst*, Grenzen des Tötungsverbotes – Teil 1, in: Juristenzeitung 2007, S. 261-270.
- Dreier, Horst, in: ders. (Hg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. I, 3. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck 2013, Vorb. Rn. 139.
- Dupret, Baudouin*, The Practice of Judging: The Egyptian Judiciary at Work in a Personal Status Case, in: Khalid Masud, Muhammad/Peters, Rudolph/Powers, David S. (Hg.), Dispensing Justice in Islam. Qadis and their Judgments, Leiden/Boston: Brill 2006, S. 143-168.
- Duridanov, Ludmil*, Ein „postbyzantinisches“ Schisma – Bulgarien 1992 oder: wie viel hat Politik mit Religion zu tun?, in: Makrides, Vasilios (Hg.), Religion, Staat und Konfliktkonstellationen im orthodoxen Ost- und Südosteuropa, Frankfurt a. Main u.a.: Peter Lang 2005, S. 115-135.
- Dütz, Wilhelm*, Rechtsschutz für kirchliche Bedienstete im individuellen Arbeitsrecht, insbesondere Kündigungsschutzverfahren, in: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (2006), S. 65-71.
- Ebert, Hans-Georg/Hefny Assem*, Ägypten. Einführung zum Ehe- und Kindschaftsrecht (2008), in: Henrich, Dieter (Hg.), Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Frankfurt a. Main: Verlag für Standesamtswesen, S. 14-40.
- Edelby, Neophytos*, A propos de la loi libanaise du 2 Avril 1951 sur la compétence des juridictions religieuses – Opinion d’un canoniste, in: Proche-Orient chrétien 2 (1952), S. 58-68.
- Edelmann, Martin*, Courts, Politics, and Culture in Israel, Charlottesville/London: University of Virginia Press 1994.
- Ehlers, Dirk*, Rechts- und Amtshilfe, in: Listl, Joseph/Pirson, Dietrich (Hg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot 1994, § 74, S. 1117-1138.
- Ehlers, Dirk*, Rechtsfragen der Vollstreckung kirchlicher Gerichtsentscheidungen, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 49 (2004), S. 496-518.
- Einhorn, Talia*, Israeli International Family Law – the Liberalization of Israeli Substantive Family Law, in: Rasmussen-Bonne, Hans-Eric (Hg.), Balancing of Interests. Liber Amicorum Peter Hay, Frankfurt a. M.: Recht und Wirtschaft 2005, S. 141-150.

- Eisenberg, Ulrich/Conen, Stefan*, § 152 II StPO: Legalitätsprinzip im gerichtsfreien Raum?, in: Neue Juristische Wochenschrift 1998, S. 2241-2249.
- Eisenhardt, Ulrike*, Zur Inanspruchnahme der geistlichen Gerichte in Zivilrechtsstreitigkeiten, in: Dorn, Franz/Schröder, Jan (Hg.), Festschrift für Gerd Kleinheyer zum 70. Geburtstag, Heidelberg: C. F. Müller 2001, S. 193-213.
- El Alami, Dawoud/Hinchcliffe, Doreen (Hg.), Islamic Marriage and Divorce Laws of the Arab World, London/Cambridge [MA]/Den Haag: Springer 1996.
- Eliash, Ben Zion*, Ethnic Pluralism or Melting Pot? The Dilemma of Rabbinical Adjudication in Israeli Family Law, in: Israel Law Review 18 (1983), S. 348-380.
- Englard, Izhak*, The Problem of Jewish Law in a Jewish State, in: Israel Law Review 3 (1968), S. 254-278.
- Epping, Volker/Hillgruber, Christian (Hg.), Grundgesetz, München: C. H. Beck 2009.
- Epping, Volker*, Grundrechte, 5. Aufl., Berlin u.a.: Springer 2012.
- Ernst, Christian*, Die Bewältigung konfligierender normativer Ordnungen – Die Aushöhlung hoheitlicher Gewalt durch muslimische Friedensrichter?, in: Die Öffentliche Verwaltung 2015, S. 809-817.
- Färber, Gisela*, Effizienzprobleme des Verwaltungsföderalismus, in: Die öffentliche Verwaltung 54 (2001), S. 485-496.
- Fischer, Kristian/Groß, Thomas*, Die Schrankendogmatik der Religionsfreiheit, in: Die öffentliche Verwaltung (2003), S. 932-940.
- Fischer, Thomas*, Strafgesetzbuch, 59. Aufl., München: C. H. Beck 2012.
- Fischermeier, Ernst*, Die Arbeitsgerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Deutschland, in: Recht der Arbeit 60 (2007), S. 193-198.
- Fogiel-Bijaoui, Sylvia*, Why won't there be civil marriage any time soon in Israel? Or: Personal Law – The Silenced Issue of the Israeli-Palestinian Conflict, in: Nashim: A Journal of Jewish Women's Studies & Gender Issues 6 (2003), S. 28-34.
- Fournier, Pascal*, Muslim Marriage in Western Courts – Lost in Transplantation, Farnham/Burlington: Ashgate Publishing 2010.
- Frankenberg, Günter*, Restlaufzeit für Despoten. Anmerkungen zu den Verfassungsreformen in der arabischen Welt, in: Kritische Justiz 44 (2011), S. 124-130
- Freeman, Michael*, Is the Jewish Get any Business of the State?, in: O'Dair, Richard/Lewis, Andrew (Hg.), Law and Religion, Oxford/New York: Oxford University Press 2001, S. 365-381.
- Freig, Ernest Sanaan*, Statut personnel et autonomie des Chrétiens en Égypte. Les limites de l'autonomie législative et judiciaire des Chrétiens égyptiens en matière de

statut personnel, spécialement de 1955 à nos jours. Étude historique et juridique, Jerusalem: Ed. Proche-Orient Chrétien 1974.

Friedberg, Emil, Die Grenzen zwischen Staat und Kirche und die Garantien gegen deren Verletzung. Historisch-dogmatische Studie mit Berücksichtigung der deutschen und ausserdeutschen Gesetzgebungen und einem Anhang theils ungedruckter Aktenstücke, Tübingen: Laupp 1872.

Frimer, Dov I., Israel Civil Courts and Rabbinical Courts under one roof, in: Israel Law Review 24 (1990), S. 553-559.

Funke, Andreas, Parallelwelten des Rechts? Die Anerkennung des Rechts und der Gerichtsbarkeiten von Religionsgemeinschaften durch den Staat, in: Bettenworth, Anja u.a. (Hg.), Herausforderung Islam, Paderborn: Schöningh 2011, S. 42-72.

Galanter, Marc/Krishnan, Jayanth, Personal Law and Human Rights in India and Israel, in: Israel Law Review 34 (2000), S. 101-133.

Gannagé, Pierre, La compétence des juridictions confessionnelles au Liban et en Syrie, in: Annales de la Faculté de droit de Beyrouth 1-2 (1948), S. 199-247.

Gartner, Barbara, Der Islam im religionsneutralen Staat, Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang 2006.

Gelinsky, Katja, Rechtsstaatsverächter Friedensrichter. Erkenntnisse zu den Gründen und der Wirkungsweise islamischer Paralleljustiz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 99 v. 27.4.2012, S. 10.

Germann, Michael, Art. Gerichtsbarkeit (kirchliche), Evangelische Kirche, in: Betz, Hans Dieter u.a. (Hg.), Religion in Geschichte und Gegenwart, 4. Aufl., Bd. 3, Tübingen: Mohr Siebeck 2000, Sp. 740-741.

Germann, Michael, Die Strafverfolgung kirchlicher Mitarbeiter in Missbrauchsfällen und das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens 59 (2011), S. 172-189.

Ghandour, Zeina, Religious Law in a Secular State: The Jurisdiction of the Sharī'a Courts of Palestine and Israel, in: Arab Law Quarterly 5 (1990), S. 25-48.

Gottwald, Peter, Der Schiedsvergleich und der Schiedsspruch mit vereinbartem Inhalt, in: Breidenbach, Stephan u.a. (Hg.), Konsensuale Streitbeilegung. Akademisches Symposium zu Ehren von Peter F. Schlosser aus Anlass seines 65. Geburtstages, Bielefeld: Giesecking 2001, S. 31-43.

Govindaraj, V. C., The Conflict of Laws in India – Inter-Territorial and Inter-Personal Conflict, Oxford: Oxford University Press 2011.

Grabenwarter, Christoph, Grundrechtsvielfalt und Grundrechtskonflikte im europäischen Mehrebenensystem – Wirkungen von EGMR-Urteilen und der Beurteilungs-

spielraum der Mitgliedstaaten, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2011, S. 229-232.

Green, David G., Editor's Introduction, in: MacEoin, Denis, Sharia Law or 'One Law For All?', London: The Cromwell Press Group 2009, S. 1-8.

Greenawald, Kent, Hands Off! Civil Court Involvement in Conflicts over Religious Property, in: Columbia Law Review 98 (1998), S. 1843-1907.

Greger, Reinhard, Autonome Konfliktlösung innerhalb und außerhalb des Prozesses, in: ders./Gleußner, Irmgard/Heinemann, Jörn (Hg.), Neue Wege zum Recht. Festgabe für Max Vollkommer, Köln: Otto Schmidt 2006, S. 3-22.

Griffiths, John, What is Legal Pluralism?, in: Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law (1986), S. 1-55.

Grondin, Jean, Einführung in die philosophische Hermeneutik, 3. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2012.

Grossman, Michael C., Is this Arbitration?, in: Columbia Law Review 107 (2007), S. 169-209.

Gross-Schaffer, Arthur/Jacobsen, Wayne, If Not Now, When? The Case for Religious Liberty in the State of Israel, in: Journal of Church and State 44 (2002), S. 539-568.

Grzeszick, Bernd, Staat, Verfassung und Einheit der Rechtsordnung – Zur Suche nach der verlorenen Einheit des Rechts, in: Depenheuer, Otto u.a. (Hg.), Staat im Wort. Festschrift für Josef Isensee, Heidelberg: C. F. Müller 2007, S. 93-110.

Günzel, Angelika, Religionsgemeinschaften in Israel. Rechtliche Grundstrukturen des Verhältnisses von Staat und Religion, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.

Gutmann, Thomas, Die Grenzen staatlicher Gewalt, in: ders./Pieroth, Bodo (Hg.), Die Zukunft des staatlichen Gewaltmonopols, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 33-52.

Häberle, Peter, Grenzen aktiver Glaubensfreiheit. Zur Lumpensammlerentscheidung des BVerfG, Beschluß v. 16. Okt. 1968 (BVerfGE 24, S. 236 ff.), in: Die öffentliche Verwaltung (1969), S. 385-389.

Hacker, Daphne, Inter-Religious Marriages in Israel: Gendered Implications for Conversion, Children and Citizenship, in: Israel Studies 14 (2009), S. 178-197.

Hajjar, Joseph, La Suppression des Tribunaux Confessionnels en Egypte. Notes d'histoire et de droit, in: Proche-Orient Chretien 6 (1956), S. 11-27.

Hallermann, Heribert (Hg.), Der Strafanspruch der Kirche in Fällen von sexuellem Missbrauch, Würzburg: Echter 2012.

Halperin-Kaddari, Ruth, Expressions of Legal Pluralism in Israel: The Interaction between the High Court of Justice and Rabbinical Courts in Family Matters and Beyond,

in: Freeman, Michael (Hg.), Jewish Family Law in the State of Israel (Jewish Law Association Studies XIII), Binghamton: Global Publications 2002, S. 185.

Hamann, Hartmut/Lennarz, Thomas, Schiedsverfahren oder staatliche Gerichtsverfahren – Was ist besser?, in: Juristische Arbeitsblätter 2012, S. 801-808.

Hamidian, Hassan, Jurisdiction of Family Courts in Iran, in: Basedow, Jürgen/Yassari, Nadjma (Hg.), Iranian Family and Succession Laws and their Application in German Courts, Tübingen: Mohr Siebeck 2004, S. 81-95.

Hannich, Rolf (Hg.), Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 6. Aufl., München: C. H. Beck 2008.

Harding, Jennifer A., Religious Postmarital Dispute Resolution: Jewish Marriage Contracts and Civil Courts, in: Ohio State Journal on Dispute Resolution 4 (1988-1989), S. 97-106.

Harris, Bruce/Planterose, Rowan/Tecks, Jonathan, The Arbitration Act 1996. A Commentary, 3. Aufl., Oxford u.a.: Wiley-Blackwell 2003.

Hassan, Riffat, Rights of Women within Islamic Communities, in: Vyver, Johan D. van der/J. Witte, John (Hg.), Religious Human Rights in Global Perspective. Legal Perspectives, Den Haag u.a.: Martinus Nijhoff Publishers 1996, S. 361-386.

Hassemer, Winfried, Warum Strafe sein muss, Berlin: Ullstein 2009.

Hefner, Robert W., Shari'a Politics – Islamic Law and Society in the Modern World, Bloomington: Indiana University Press 2011.

Heinig, Hans Michael, Verschärfung der oder Abschied von der Neutralität, in: Juristenzeitung 2009, S. 1136-1140.

Heintschel-Heinegg, Bernd v., „Richter ohne Gesetz“: Eine uns in die verborgene Welt islamischer Paralleljustiz führende Justizrecherche, in: Juristische Arbeitsblätter 2011, H. 11, Editorial, http://www.ja-aktuell.de/cms/website.php?id=/de/studium_referendariat/editorial/ja_11-2011.htm (30.3.2015).

Heisig, Kirsten, Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter, Freiburg i.B. u.a.: Herder 2012.

Hesse, Konrad, Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Listl, Joseph/Pirson, Dietrich (Hg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot 1994, § 17, S. 521-559.

Hierold, Alfred E., Die Arbeitsgerichtsbarkeit der Katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, in: Haering, Stephan (Hg.), In mandatis meditari. Festschrift für Hans Paarhammer, Berlin: Duncker & Humblot 2012, S. 671-673.

Hill, Mark, Judicial Approaches to Religious Disputes, in: O'Dair, Richard/Lewis, Andrew (Hg.), *Law and Religion*, Oxford/New York: Oxford University Press 2001, S. 409-420.

Hill, Ryan W., Legal Pluralism in the Liberal State: A Defence of the Archbishop of Canterbury or a Human Rights Impasse?, in: *Law & Justice* 165 (2010), S. 124-143.

Hinschius, Paul, System des katholischen Kirchenrechts mit besonderer Rücksicht auf Deutschland, Bd. VI/1, Berlin: Verlagsbuchhandlung J. Guttentag 1897.

Hirsch, Hans Joachim, Schadenswiedergutmachung im materiellen Strafrecht, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 102 (1990), S. 534-562.

Hirschl, Ran, Juristocracy vs. Theocracy: Constitutional Courts and the Containment of Sacred Law, in: *Middle East Law and Governance* 1 (2009), S. 129-165.

Horanyi, Sibylle, Das Schächtverbot zwischen Tierschutz und Religionsfreiheit, Basel u.a.: Helbing & Lichtenhahn 2004.

Hosmer, David E., Professional Responsibility in Mediating Disputes Among Christians, in: *Journal of Christian Jurisprudence* 2 (1981), S. 163-172.

Hötte, Franziska, Religiöse Schiedsgerichtsbarkeit. Angloamerikanische Rechtspraxis – Perspektiven für Deutschland, Tübingen: Mohr Siebeck 2013.

Hufeld, Ulrich, Anwendung des europäischen Rechts in Grenzen des Verfassungsrechts, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. X, 3. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2012, § 215, S. 383-432.

Hufen, Friedhelm, Staatsrecht II. Grundrechte, 4. Aufl., München: C. H. Beck 2014.

Ibn Warraq, Lust auf Scharia, in: *Welt Online* v. 15.3.2010, <http://www.welt.de/die-welt/debatte/article6777055/Lust-auf-Scharia.html> (16.12.2012)

Isensee, Josef, Die Friedenspflicht der Bürger und das Gewaltmonopol des Staates. zur Legitimationskrise des modernen Staates, in: Müller, Georg/Rhinow, René A. u.a. (Hg.), *Staatsorganisation und Staatsfunktionen im Wandel: Festschrift für Kurt Eichenberger*, Basel: Helbing und Lichtenhahn 1982, S. 23-40.

Isensee, Josef, Staat und Verfassung, in: ders./Kirchhof, Paul (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. II, 3. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2004, § 15, S. 3-106.

Jackson, Bernard S., Secular and Religious Constructions of Jewish Identity and Jewish Politics in the Law of the Modern State of Israel, in: Filoramo, Giovanni (Hg.), *Teologie politiche. Modelli a confronto*, Brescia: Morcelliana 2005, S. 263-274.

Jain, Pratibha, Balancing Minority Rights and Gender Justice: The Impact of Protecting Multiculturalism on Women's Rights in India, in: *Berkeley Journal of International Law* 23 (2005), S. 201-222.

- Janßen, Peter*, Islam und Sozialrecht, in: Muckel, Stefan (Hg.), Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, Berlin: Duncker & Humblot 2008, S. 399-439.
- Jarass, Hans D./Pieroth, Bodo*, Grundgesetz, 13. Aufl., München: C. H. Beck 2014.
- Jarawan, Elie*, La loi libanaise des successions pour les communautés non-mahométans (23 Juin 1959), Mailand: A. Giuffrè 1968.
- Jayme, Erik*, Religiöses Recht vor staatlichen Gerichten, Heidelberg: Winter 1999.
- Jellinek, Georg*, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., Berlin: Häring 1914.
- Jestaedt, Matthias*, Bundesstaat als Verfassungsprinzip, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, 3. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2004, § 29, S. 785-842.
- Joecks, Wolfgang/Miebach, Klaus (Hg.): Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. I, 2. Aufl., München: C. H. Beck 2011.
- Johnston, Kellie/Camelino, Gus/Rizzo, Roger*, A Return to „Traditional“ Dispute Resolution – An examination of Religious Dispute Resolution Systems, Canadian Forum on Civil Justice, Dispute Resolution Award in Law Studies 2000, http://www.cfcj-fcjc.org/sites/default/files/docs/hosted/16173-trad_dr.pdf (17.12.2012).
- Jones, Richard P./Gnanpala, Welhengama*, Ethnic Minorities in English Law, Stoke-on-Trent: Trentham Books 2000.
- Joussen, Jacob*, Die Folgen des Mormonen- und des Kirchenmusikerfalls für das kirchliche Arbeitsrecht in Deutschland, in: Recht der Arbeit 2011, S. 173-178.
- Kahlmeyer, André*, Familienrecht und Konfessionalismus im Libanon, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller 2008.
- Kaminski, Andrea*, Islamische Paralleljustiz? Innerkultureller Interessenausgleich? Patriarchalischer Druck?, in: Betrifft Justiz 108 (2011), S. 170-172.
- Kaspar, Johannes*, Wiedergutmachung und Mediation im Strafrecht. Rechtliche Grundlagen und Ergebnisse eines Modellprojekts zur anwaltlichen Schlichtung, Münster: LIT 2004.
- Kästner, Karl-Hermann*, Staatliche Justizhoheit und religiöse Freiheit. Über die Frage nach der staatlichen Kompetenz zur Rechtsschutzgewährung im Wirkungsbereich der Kirchen und Religionsgemeinschaften, Tübingen: Mohr Siebeck 1991.
- Kästner, Karl-Hermann*, Hypertrophie des Grundrechts auf Religionsfreiheit?, in: Juristenzeitung 1998, S. 974-982.
- Kästner, Karl-Hermann*, Evangelische Kirchengengerichtsbarkeit zwischen Selbstbehauptung und Selbstüberschätzung, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 49 (2004), S. 171-190.

- Kaufman, Omri*, Field Report: The Right to Freedom From Religion in a Jewish State, in: Human Rights Brief 5 (1997-1998), S. 10-11.
- Kier, Nicole*, Israelisches Parlament lehnt die Einführung einer Zivilehe ab, in: *journal.juridicum* v. 29.5.2012.
- Kissel, Otto R./Mayer, Heribert*, Gerichtsverfassungsgesetz, 7. Aufl., München: C.H. Beck 2013.
- Koller, Peter*, Theorie des Rechts. Eine Einführung, 2. Aufl., Wien/Köln/Weimar: Böhlau 1997.
- Köpernik, Kristin*, Die Rechtslage zum religiösen Schlachten in Deutschland, den Niederlanden und der Türkei, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* (2011), S. 243-245.
- Korta, Stefan*, Zur novellierten Kirchlichen Arbeitsgerichtsordnung 2010, in: *Kirche & Recht* 2010, S. 43-55.
- Korteweg, Anna C./Selby, Jennifer A. (Hg.), *Debating Sharia: Islam, Gender Politics, and Family Law Arbitration*, Toronto u.a.: University of Toronto Press 2012.
- Kreuter, Jens*, Staatskriminalität und die Grenzen des Strafrechts. Reaktionen auf Verbrechen aus Gehorsam aus rechtsethischer Sicht, Gütersloh: Mohn 1997.
- Krüger, Hilmar*, Allgemeine Ehwirkungen im Recht der orientalischen Staaten – Zugleich eine Anmerkung zu Aufregungen über eine Richterin, in: *Zeitschrift für das gesamte Familienrecht* 2008, S. 649-656.
- Kubink, Michael*, Neue Konzepte des Täter-Opfer-Ausgleichs im Zeichen eines aufgewerteten Opferschutzes, in: *Deutsche Richterzeitung* (2008), S. 345-347.
- Lackner, Karl/Kühl, Kristian u.a. (Hg.), *Strafgesetzbuch*, 27. Aufl., München: C. H. Beck 2011.
- Lang, Friedrich*, Die Briefe an die Korinther, Das Neue Testament Deutsch, Bd. 7, 16. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1986.
- Langenfeld, Gerrit*, *Der Ehevertrag*, München: DTV 1980.
- Lapidoth, Ruth*, Freedom of Religion and of Conscience in Israel, in: dies./Ahimeir, Ora (Hg.), *Freedom of Religion in Jerusalem*, Jerusalem: The Jerusalem Institute for Israel Studies 1999, S. 3-46.
- Larson, Gerald James*, *Religion and Personal Law in Secular India – A Call to Judgment*, Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press 2001.
- Laufhütte, Heinrich Wilhelm u.a. (Hg.), *Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch*, Bd. II, 12. Aufl., Berlin/New York: De Gruyter 2006.
- Lavi, Shai*, Der Islam zwischen christlicher Tradition und jüdischer Geschichte. Das Beispiel ritueller Tierschlachtung in Deutschland nach 1945, in: Reuter, Ast-

rid/Kippenberg, Hans G. (Hg.), Religionskonflikte im Verfassungsstaat, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, S. 393-416.

Layish, Aharon, Muslim Religious Jurisdiction in Israel, in: Asian and African Studies. Annual of the Israel Oriental Society 1 (1965), S. 49-79.

Layish, Aharon, Islam as a Source of Law in the Druze Religious Courts, in: Israel Law Review 14 (1979), S. 13-30.

Lenz, Sebastian, Vorbehaltlose Freiheitsrechte. Stellung und Funktion vorbehaltloser Freiheitsrechte in der Verfassungsordnung, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.

Lerche, Peter, Der gezielt tödliche Schuß nach künftigem einheitlichem Polizeirecht. Zum Verhältnis hoheitlicher Eingriffsbefugnisse zu den allgemeinen Notrechten, in: Kipp, Heinrich/Mayer, Franz/Steinkamm, Armin (Hg.), Um Recht und Freiheit. Festschrift für Friedrich August Freiherr von der Heydte, Bd. 2, Berlin: Duncker & Humblot 1977, S. 1033-1052.

Lerner, Natan, Religious Liberty in the State of Israel, in: Emory International Law Review 21 (2007), S. 239-275.

Levin, Daniel, Konflikte zwischen einer weltlichen und einer religiösen Rechtsordnung. Eine kritische Würdigung des israelischen Familienrechts mit besonderer Berücksichtigung des jüdischen Scheidungsrechts aus der Sicht des schweizerischen internationalen Privatrechts, Zürich: Schulthess 1991.

Listl, Joseph, Glaubens-, Bekenntnis- und Kirchenfreiheit, in: ders./Pirson, Dietrich (Hg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot 1994, S. 439- 479.

Looschelders, Dirk, Internationales Privatrecht. Art. 3–46 EGBGB, Berlin: Springer 2004.

Loretan, Adrian, Menschenrechte in der Kirche – ein Schutz vor Machtmissbrauch, in: Haering, Stephan (Hg.), In mandatis meditari. Festschrift für Hans Paarhammer, Berlin: Duncker & Humblot 2012, S. 263-284.

Lüderitz, Alexander, „Talâq“ vor deutschen Gerichten, in: Prütting, Hans (Hg.), Festschrift für Gottfried Baumgärtel zum 70. Geburtstag, Köln u.a.: Heymanns 1990, S. 333-348.

Lüdicke, Klaus (Hg.), Münsterischer Kommentar zum CIC, Essen: Ludgerus 1984-2015.

Lüdicke, Klaus, Kirchliches Strafrecht und sexueller Missbrauch Minderjähriger. Eine Problemanzeige, in: Haering, Stephan (Hg.), In mandatis meditari. Festschrift für Hans Paarhammer, Berlin: Duncker & Humblot 2012, S. 619-638.

Lyall, Francis, Religious Law and its Application by Civil and Religious Jurisdiction in Great-Britain, in: Caparros, Ernest/Christians Louis-Léon (Hg.), La religion en droit

comparé à l'aube du XXI^e siècle: Religion In Comparative Law At The Dawn Of The 21st Century – XV^e Congrès International de Droit Comparé, Brüssel: Bruylant 2000, S. 251-268.

Magen, Stefan, Der Rechtsschutz in Kirchensachen nach dem materiell-rechtlichen Ansatz, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2002, S. 897-903.

Mahmassani, Maher u.a. (Hg.), Statut Personnel. Textes en vigueur au Liban, Beirut: Diffusion hors du Liban, Editions Sirey 1970.

Mahmood, Tahir, Statutes of Personal Law in Islamic Countries – History, Texts and Analysis, 2. Aufl., o.O.: India and Islam Research Council 1995.

Malik, Maleiha, Minority Legal Orders in the UK. Minorities, Pluralism and the Law, London: The British Academy 2012.

Mallat, Chibli, The Lebanese legal system, in: The Lebanon Report (1997), S. 29-36.

Mallat, Chibli, Introduction to Middle Eastern Law, Oxford/New York: Oxford University Press 2007.

Mangold, Anna Katharina, Gemeinschaftsrecht und deutsches Recht, Tübingen: Mohr Siebeck 2011.

Maoz, Asher, Enforcement of Religious Courts' Judgements Under Israeli Law, in: Journal of Church and State 33 (1991), S. 473-494.

Maoz, Asher, Religious Human Rights in the State of Israel, in: Vyver, Johan D. van der/Witte, John (Hg.), Religious Human Rights in Global Perspective. Legal Perspectives, Den Haag u.a.: Martinus Nijhoff Publishers 1996, S. 349-389.

Margalith, Alexandra/Assan, Dan, Israel (2012), in: Henrich, Dieter (Hg.), Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Frankfurt a. M.: Verlag für Standesamtswesen, S. 28-66.

Masson, Jacques, A la suite de la réforme du droit copte sur le divorce, in: Orientalia Christiana Periodica XLIII (1977), S. 442-449.

Maurach, Reinhart u.a., Strafrecht Besonderer Teil. Straftaten gegen Gemeinschaftswerte, Tlbd. 2, 9. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2005.

Maurer, Hartmut, Zur allgemeinen Bedeutung des Rechtsschutzes staatlicher Gerichte für eine jüdische Gemeinde, in: Juristenzeitung 2002, S. 1104-1106.

May, Georg, Grundfragen kirchlicher Gerichtsbarkeit, in: Listl, Joseph/Schmitz, Herbert (Hg.), Handbuch des katholischen Kirchenrechts, 2. Aufl., Regensburg: Pustet 1999, § 108, S. 1153-1162.

May, Georg, Anzeige und Anzeigepflicht bei Missbrauchsfällen, in: Haering, Stephan (Hg.), In mandatis meditari. Festschrift für Hans Paarhammer, Berlin: Duncker & Humblot 2012, S. 951-974.

- Mayer, Matthias*, Religionsfreiheit und Schächtverbot, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1997, S. 561-563.
- McClain, Linda*, Marriage Pluralism in the United States: On Civil and Religious Jurisdiction and the Demands of Equal Citizenship, in: Nichols, Joel A. (Hg.), Marriage and Divorce in a Multicultural Context, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2012, S. 309-340.
- McLoughlin, Seán*, United Kingdom, in: Nielsen, Jørgen S. u.a. (Hg.), Yearbook of Muslims in Europe, Bd. 4, Leiden/Boston: Brill 2012, S. 619-641.
- Mégret, Frédéric*, Is There Ever a ‚Right to One’s Own Law‘? An Exploration of Possible Rights Foundations for Legal Pluralism, in: Israel Law Review 45 (2012), S. 3-34.
- Meislin, Bernard J.*, Jewish Law in America, in: Jackson, Bernard S. (Hg.), Jewish Law in Legal History and the Modern World, Leiden: Brill 1980, S. 149-173.
- Menhofer, Bruno*, Religiöses Recht und internationales Privatrecht dargestellt am Beispiel Ägypten, Heidelberg: Winter 1995.
- Menski, Werner*, Law, Religion and Culture in Multicultural Britain, in: Mehdi, Rubya u.a. (Hg.), Law and Religion in Multicultural Societies, DJØF Publishing: Kopenhagen 2008, S. 43-62.
- Menski, Werner*, Ancient and Modern Boundary Crossings Between Personal Laws and Civil Law in Composite India, in: Joel A. Nichols, Marriage and Divorce in a Multicultural Context: Multi-tiered Marriage and the Boundaries of Civil Law and Religion, Cambridge: Cambridge University Press 2012, S. 219-252.
- Méouchy, Nadine*, La réforme des juridictions religieuses en Syrie et au Liban (1921-1939): raisons de la puissance mandataire et raisons des communautés, in: Luizard, Jean-Pierre (Hg.), Le choc colonial et l’islam. Les politiques religieuses des puissances coloniales en terres d’islam, Paris: La Découverte 2006, S. 359-382.
- Merk, Beate*, Interview, in: Süddeutsche Zeitung, Landkreisausgabe Bayern Region v. 3.3.2012, Nr. 53, S. 46.
- Meron, Ya’akov*, The Religious Courts in the Administered Territories, in: Shamgar, Meir (Hg.), Military Government in the Territories Administered by Israel 1967-1980. The Legal Aspects, Bd. I, Jerusalem: Hebrew University Press and Harry Sacher Institute 1982, S. 353-366.
- Merten, Detlef*, Rechtsstaat und Gewaltmonopol, Tübingen: Mohr Siebeck 1975.
- Messick, Brinkley*, Provincial Judges. The Sharī‘a Judiciary of Mid-Twentieth-Century Yemen, in: Shaham, Ron (Hg.), Law, Custom, and Statue in the Muslim World. Studies in Honor of Aharon Layish, Leiden/Boston: Brill 2007, S. 149 ff.
- Meyer-Goßner, Lutz (Hg.), Strafprozessordnung, 55. Aufl., München: C. H. Beck 2012.

Mikat, Paul, Das Verhältnis von Kirche und Staat nach der Lehre der katholischen Kirche, in: Listl, Joseph/Pirson, Dietrich (Hg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot 1994, § 4, S. 111-155.

Möllers, Christoph, Staat als Argument, 2. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck 2011.

Montada, Leo/Kals, Elisabeth, Mediation. Ein Lehrbuch auf psychologischer Grundlage, 3.

Aufl., Weinheim: Beltz 2013.

Morlok, Martin, Selbstverständnis als Rechtskriterium, Tübingen: Mohr Siebeck 1993.

Muckel, Stefan, Streit um den muslimischen Gebetsruf. Der Ruf des Muezzin im Spannungsfeld von Religionsfreiheit und einfachem Recht, in: Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter 1998, S. 1-6.

Muckel, Stefan, Schutz von Religion und Weltanschauung, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. IV, Heidelberg: C. F. Müller 2011, § 96, S. 541-617.

Muckel, Stefan/Tillmanns, Reiner, Die religionsverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Islam, in: Muckel, Stefan (Hg.), Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, Berlin: Duncker & Humblot 2008, S. 234-272.

Mühlfeld, Stefanie, Mediation im Strafrecht: unter besonderer Berücksichtigung von Gewalt in Schule und Strafvollzug, Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang 2002.

Müller, Friedrich, Die Einheit der Verfassung – Kritik des juristischen Holismus. Elemente einer Verfassungstheorie III, Berlin: Duncker & Humblot 1979.

Münch, Christof, Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich – Stichwort Inhaltskontrolle, in: Familie – Partnerschaft – Recht (FPR) 2011, S. 504-509.

von Münch, Ingo/Kunig, Philip (Hg.), Grundgesetz, Bd. 2, 6. Aufl., München: C. H. Beck 2012.

Muscheler, Karlheinz, Familienrecht, 2. Aufl., München: Vahlen 2012.

N. N., „Ich will nur Frieden, Ruhe und Sicherheit“ – Interview mit dem Berliner deutsch-libanesischen „Friedensrichter“ Hassan Allouche, in: Betrifft Justiz 108 (2011), S. 173-177.

Namazie, Maryam, What isn't wrong with Sharia law?, in: The Guardian v. 05.07.2010; <http://www.guardian.co.uk/law/2010/jul/05/sharia-law-religious-courts> (9.11.2012).

Nasir, Jamal J. Ahmad, The Islamic Law of Personal Status, 3. Aufl., Leiden/Boston: Brill 2009.

- Neudecker, Gerhard*, *Ius sequitur vitam – Der Dienst der Kirchengerichte an der Lebendigkeit des Rechts*, Münster: LIT 2013.
- Oebbecke, Janbernd*, *Islamisches Schlachten und Tierschutz*, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 2002, S. 302-303.
- Oestmann, Peter*, *Rechtsvielfalt*, in: Jansen, Nils/ders. (Hg.), *Gewohnheit. Gebot. Gesetz. Normativität in Geschichte und Gegenwart: eine Einführung*, Tübingen: Mohr Siebeck 2011, S. 99-123.
- Oestmann, Peter*, *Geistliche und weltliche Gerichtsbarkeit im Alten Reich. Zuständigkeitsstreitigkeiten und Instanzenzüge*, Köln u.a.: Böhlau 2012.
- Oeter, Stefan/Merli, Franz*, *Rechtsprechungskonkurrenz zwischen nationalen Verfassungsgerichten, Europäischem Gerichtshof und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte*, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 66 (2007), S. 362-391.
- Özkacara, Erol*, *Paralleljustiz in Einwanderervierteln*, in: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 2013, S. 36-39.
- Pabel, Katharina*, *Der Grundrechtsschutz für das Schächten. Die Entscheidungen der Verfassungsgerichte in Deutschland und Österreich sowie des EGMR*, in: *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* 2002, S. 220-234.
- Pacini, Andrea*, *Socio-Political and Community Dynamics of Arab Christians in Jordan, Israel, and the Autonomous Palestinian Territories*, in: dies. (Hg.), *Christian Communities in the Arab Middle East. The Challenge of the Future*, Oxford: Clarendon Press Oxford 1998, S. 259-285.
- Papier, Hans-Jürgen*, *Vorbehaltlos gewährleistete Grundrechte*, in: Merten, Detlef/ders. (Hg.), *Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa*, Bd. III, Heidelberg: C. F. Müller 2009, § 64, S. 365-405.
- Papier, Hans-Jürgen*, *Steuerungsprobleme und die Modernisierung bundesstaatlicher Ordnung*, in: Ines Härtel (Hrsg.), *Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt*, Bd. I, Heidelberg: Springer 2012, S. 361-385.
- Pauli, Hans-Georg*, *Islamisches Familien- und Erbrecht und ordre public*, München Univ. Diss. 1994.
- Pearl, David*, *Islamic Family Law and its Reception by the Courts in the West: The English Experience*, in: Bar, Christian von (Hg.), *Islamic Law and its Reception by the Courts in the West*, Köln u.a.: Heymanns 1999, S. 111-116.
- Pearl; David/Menski, Werner*, *Muslim Family Law*, 3. Aufl., Sweet & Maxwell: London 1998.

Petzold, Andrea, Sittenwidrigkeit ehevertraglicher Unterhaltsverzicht in der höchstrichterlichen Rechtsprechung, Würzburg Univ. Diss. 2004.

Philipps of Worth Matravers, Nicholas, Equality before the Law, in: *Law & Justice* 161 (2008), S. 75-87.

Pieroth, Bodo, Das staatliche Gewaltmonopol – ein Verfassungsrechtssatz?, in: Gutmann, Thomas/ders. (Hg.), *Die Zukunft des staatlichen Gewaltmonopols*, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 53-62

Pieroth, Bodo/Schlink Bernhard u.a., *Grundrechte. Staatsrecht II*, 30. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2014, Rn. 558.

Pieroth, Bodo/Schlink, Bernhard/Kniesel, Michael, *Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht*, 7. Aufl., München: C. H. Beck 2012.

Platen, Peter, Perspektiven für eine Reform des kirchlichen Strafrechts mit besonderem Blick auf den sexuellen Missbrauch Minderjähriger durch Geistliche, in: Haering, Stephan (Hg.), *In mandatis meditari. Festschrift für Hans Paarhammer*, Berlin: Duncker & Humblot 2012, S. 639-656.

Plum, Martin, Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten im Lichte der Rechtsprechung des EGMR, in: *Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht* 2011, S. 1194-1200.

Popp, Maximilian, Allahs Richter, in: *Spiegel* Nr. 35 v. 29.8.2011, S. 57.

Poulter, Sebastian, The Claim to a Separate Islamic System of Personal Law for British Muslims, in: Mallat, Chibli/Connors, Jane (Hg.), *Islamic Family Law*, London/Norwell: Graham & Trotman 1990, ND 1993, S. 147-166.

Poulter, Sebastian, *Ethnicity, Law and Human Rights. The English Experience*, Oxford u.a.: Oxford University Press 1998.

Prader, Josef, Die Gerichtsbarkeit in Personalstatutsfragen der christlichen Religionsgemeinschaften in den Ländern des vorderen Orients, in: *Kanon III* (1977), S. 249-270.

Prader, Josef, Das Personalstatutsrecht der christlichen Religionsgemeinschaften in den Ländern des vorderen Orients, in: *Kanon X* (1991), S. 195-221.

Prütting, Hanns, Verfahrensrecht und Mediation, in: Breidenbach, Stephan/Henssler, Martin (Hg.), *Mediation für Juristen. Konfliktbehandlung ohne gerichtliche Entscheidung*, Köln: Otto Schmidt 1997, S. 57-73.

Prütting, Hanns, Haftung des Schlichters, in: ders. (Hg.), *Außergerichtliche Streitschlichtung*, München: Beck 2003, S. 227-230.

Quint, Emanuel, *A Restatement of Rabbinic Civil Law*, Bd. I, Northvale/London: Gefen Books 1990.

Radford, Mary F., The Inheritance Rights of Women Under Jewish and Islamic Law, in: *British Columbia International and Comparative Law Review* 23 (1999/2000), S. 135-184.

Rafeeq, Mona, Rethinking Islamic Law Arbitration Tribunals: Are they compatible with traditional American notions of justice?, in: *Wisconsin International Law Journal* 28 (2010), S. 108-139.

Raikin, Spas T., The Schism in the Bulgarian Orthodox Church, 1992-1997, in: Bell, John D. (Hg.), *Bulgaria in Transition*, Boulder u.a.: Westview Press 1998, S. 207-220.

Ramadan, Moussa Abou, Framing the Borders of Justice: Sharia Courts in Israel and the Conflict between Secular Ideology and Islamic Law, in: Suffian, Sandy/LeVine, Mark (Hg.), *Reapproaching Borders. New Perspectives on the Study of Israel-Palestine*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers 2007, S. 267-286.

Rauscher, Thomas, Shaṛī'a. Islamisches Familienrecht der sunna und shī'a, Frankfurt a.M.: Verlag für Standesamtswesen 1987.

Rauscher, Thomas u.a. (Hg.), *Münchener Kommentar zur ZPO*, Bd. 3, 4. Aufl., München: C. H. Beck 2013.

Razack, Sherene, Between a Rock and a Hard Place: Canadian Muslim Women's Responses to Faith-Based Arbitration, in: Mehdi, Rubya u.a. (Hg.), *Law and Religion in Multicultural Societies*, DJØF Publishing: Copenhagen 2008, S. 83-94.

Rehbinder, Manfred, *Rechtssoziologie*, 7. Aufl., München: C. H. Beck 2009.

Rehm, Florian Nikolaus, *Die Schiedsgerichtsbarkeit im Rechtssystem*, Baden-Baden: Nomos 2009.

Rehman, Javaid, The Sharia, Islamic Family Laws and International Human Rights Law: Examining the Theory and Practice of Polygamy and Talaq, in: *International Journal of Law, Policy and the Family* 21 (2007), S. 108-127.

Reinhard, Wolfgang, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. Aufl., München: C. H. Beck 2002.

Reinhardt, Michael, *Konsistente Jurisdiktion*, Tübingen: Mohr Siebeck 1997.

Reis, Hans, Die [St. Salvator-Kirche](#) in [München](#) aus der [Sicht](#) des [orthodoxen Kirchenrechts](#) sowie des [bayerischen](#) und [griechischen Staatskirchenrechts](#), in: *Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht* 30 (1985), S. 186-201.

Reiss, Maria, The materialization of legal pluralism in Britain: why Shari'a council decision should be non-binding, in: *Arizona journal of international and comparative law* 26 (2009), S. 739-778.

Reiter, Yitzhak, Qādīs and the Implementation of Islamic Law in Present Day Israel, in: Gleave, Robert/ Kermeli, Eugenia (Hg.), *Islamic Law. Theory and Practice*, London/New York: Tauris 2001, S. 205-231.

Renck, Ludwig, Religionsfreiheit, Kirchengut und die St.-Salvator-Kirche in München, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 1996, S. 1078-1082.

Rengier, Rudolf, *Strafrecht Besonderer Teil II. Delikte gegen die Person und die Allgemeinheit*, 13. Aufl., München: C. H. Beck 2012.

Richardt, Reinhard, *Arbeitsrecht in der Kirche: Staatliches Arbeitsrecht und kirchliches Dienstrecht*, 6. Aufl., C. H. Beck: München 2012.

Ricoeur, Paul, *Die Interpretation. Ein Versuch über Freud*, 2. Aufl., Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1974.

Rivers, Julian, *The Law of Organized Religions*, Oxford/New York: Oxford University Press 2010.

Rodes, Robert E., *Secular Cases in the Church Courts: A Historical Survey*, in: *The Catholic Lawyer* 32 (1988-1989), S. 301-309.

Rohe, Mathias, *Alternative Dispute Resolution in Europe under the Auspices of Religious Norms*, *Religare Working Paper* 6 (2011), S. 1-11.

Rohe, Mathias, *Der Islam – Alltagskonflikte und Lösungen. Rechtliche Perspektiven*, Freiburg: Herder 2001.

Rohe, Mathias, *Der Islam und deutsches Zivilrecht*, in: Ebert, Hans Georg/Haustein, Thoralf (Hg.), *Beiträge zum Islamischen Recht II*, Frankfurt a. Main: Peter Lang 2003, S. 35-61.

Rohe, Mathias, *Religiös gespaltenes Zivilrecht in Deutschland und Europa*, in: de Wall, Heinrich/Germann, Michael (Hg.), *Bürgerliche Freiheit und christliche Verantwortung. Festschrift für Christoph Link*, Tübingen: Mohr Siebeck 2003, S. 409-429.

Rohe, Matthias, *Islamic Law in German Courts*, in: *Hawwa. Journal of Women in the Middle East and the Islamic World* 1 (2003), S. 46-59.

Rohe, Mathias, *Islamisierung des deutschen Rechts?*, in: *Juristenzeitung* (2007), S. 801-806.

Rohe, Mathias, *Deutsche Rechtsordnung und „fremde“ religiöse Überzeugung*, in: Dirscherl, Erwin/Dohmen, Christoph (Hg.), *Glaube und Vernunft. Spannungsreiche Grundlage europäischer Gesinnungsgeschichte*, Herder: Freiburg i.B. u.a. 2008, S. 148-174.

Rohe, Mathias, *Islam und Recht in Deutschland*, in: *Die politische Meinung* 4 (2008), S. 39-45.

Rohe, Mathias, *Das islamische Recht*, 3. Aufl., München: C. H. Beck 2011.

- Röhl, Klaus F./Röhl, Hans Christian*, Allgemeine Rechtslehre, 3. Aufl., München: Heymanns 2008.
- Rosenblatt, Michelle*, Hidden in the Shadows: The Perilous Use of ADR by the Catholic Church, in: Pepperdine Dispute Resolution Law Journal 5 (2005), S. 115-136.
- Rosen-Zvi, Ariel*, Freedom of Religion: The Israeli Experience, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 46 (1986), S. 213-248.
- Rosen-Zvi, Ariel*, Forum Shopping Between Religious and Secular Courts (and its Impact on the Legal System), in: Tel Aviv University Studies in Law 9 (1989), S. 347-396.
- Rössler, Hans-Christian*, Israel ändert Ehegesetz, in: FAZ Nr. 64 v. 17.3.2010, S. 5.
- Rüfner, Wolfgang*, Zuständigkeit staatlicher Gerichte in kirchlichen Angelegenheiten, in: Listl, Joseph/Pirson, Dietrich, Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin: Duncker Humblot 1994, § 73, S. 1081-1116.
- Rüthers, Bernd*, Wie kirchentreu müssen kirchliche Arbeitnehmer sein?, in: Neue Juristische Wochenschrift 1986, S. 356-359.
- Rüthers, Bernd/Fischer, Christian/Birk, Axel*, Rechtstheorie mit Juristischer Methodenlehre, 7. Aufl., München: C. H. Beck 2013.
- Sachs, Michael*, Staatliche und kirchliche Gerichtsbarkeit, in: Deutsches Verwaltungsblatt 1989, S. 487-495.
- Säcker, Franz Jürgen/Rixecker, Roland (Hg.), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. 10, 6. Aufl., München: C. H. Beck 2015.
- Sacksofsky, Ute*, Religiöse Freiheit als Gefahr?, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 68 (2009), S. 9-46.
- Sadek, Hisham/El Haddad, Hafiza*, Les règles matérielles de droit musulman en matière de statut personnel en Égypte, in: Carlier, Jean-Yves u.a. (Hg.), Le statut personnel des musulmans. Droit comparé et droit international privé, Brüssel: Bruylant 1992, S. 39-66.
- Safran, Nadav*, The abolition of the Shari'a courts in Egypt, in: The Muslim World 48 (1958), S. 20-28, 125-138.
- Sand, Erik Reenberg*, The State and Religious Laws: The Case of India, in: Mehdi, Rubya/Petersen, Hanne u.a., Law and Religion in Multicultural Societies, Kopenhagen: DJØF Publishing 2008, S. 95-110.
- Sandberg, Russel*, Islam and English Law, in: Law and Justice 164 (2010), S. 27-44.
- Sandberg, Russel*, Law and Religion, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2011.

Saris, Anne, Les tribunaux religieux dans les contextes canadien et québécois, in: *Revue Juridique Themis* 40 (2006), S. 353-425.

Saris, Anne/Potvin, Jean-Mathieu, Canadian Muslim Women und Resolution of Family Conflicts: An Empirical Qualitative Study (2005-2007), in: Ferrari, Sylvio/Cristofori, Rinaldo (Hg.), *Law and Religion in the 21st Century*, Farnham/Burlington: Ashgate 2010, S. 339-347.

Satzger, Helmut, Grundprobleme der Strafvereitelung (§ 258 StGB), in: *Juristische Ausbildung (JURA)* 2007, S. 754-763.

Sauer, Heiko, Jurisdiktionskonflikte in Mehrebenensystemen: die Entwicklung eines Modells zur Lösung von Konflikten zwischen Gerichten unterschiedlicher Ebenen in vernetzten Rechtsordnungen, Berlin u.a.: Springer 2008.

Schachtschneider, Karl Albrecht, Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam, 2. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot 2011.

Schädler, Wolfram, Nicht ohne das Opfer? Der Täter-Opfer-Ausgleich und die Rechtsprechung des BGH, in: *Neue Zeitschrift für Strafrecht* 2005, S. 366-370.

Schaefer, Jan P., Die religiöse Neutralität des Staates im öffentlichen Raum, in: *Verwaltungsarchiv* 103 (2012), S. 136-164.

Scheftelowitz, E., Israel (1987), in: Henrich, Dieter (Hg.), *Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht*, Frankfurt a. Main: Verlag für Standesamtswesen, S. 1-132.

Schilling, Theodor, Das Verhältnis zwischen Völkerrecht, Gemeinschaftsrecht und staatlichem Recht, in: Griller, Stefan/Rill, Heinz Peter (Hg.), *Rechtstheorie: Rechtsbegriff – Dynamik – Auslegung*, Wien: Springer 2011, S. 153-194.

Schirmacher, Christiane/Spuler-Stegemann, Ursula, Frauen und die Scharia. Die Menschenrechte im Islam, München: Hugendubel 2004.

Schlabach, Jörg, Scharia im Westen. Muslime unter nicht-islamischer Herrschaft und die Entwicklung eines muslimischen Minderheitenrechts für Europa, Berlin u.a.: LIT 2009.

Schleicher, Hans-Juergen, Staatliches Rechtsprechungsmonopol und kirchliche Gerichtsbarkeit. Ein Beitrag zur Auslegung d. Art. 92 GG, Bochum Diss. iur. 1968.

Schlüter, Wilfried, BGB-Familienrecht, 14. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2012.

Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Hofmann, Hans/Henneke, Hans-Günther (Hg.), *Grundgesetz*, 13. Aufl., Köln: Heymanns 2014.

Schmidt-Jortzig, Edzard, Möglichkeiten einer Aussetzung des strafverfolgerischen Legalitätsprinzip bei der Polizei, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 1989, S. 129-138.

Schoch, Friedrich, Die Grundrechtsdogmatik vor den Herausforderungen einer multi-konfessionellen Gesellschaft, in: Bohnert, Joachim u.a. (Hg.), *Verfassung – Philoso-*

- phie – Kirche, Festschrift für Alexander Hollerbach zum 70. Geburtstag, Berlin: Duncker & Humblot 2001, S. 149-167.
- Schönke, Adolf/Schröder, Horst (Hg.), Strafgesetzbuch, 29. Aufl., München: C. H. Beck 2014.
- Scholz, Peter*, Grundfälle zum IPR: Ordre public-Vorbehalt und islamisch geprägtes Recht, in: Zeitschrift für das juristische Studium 2 (2010), S. 185-197.
- Scholz, Peter*, Ein überschätztes Problem, in: Betrifft Justiz 108 (2011), S. 168-169.
- Schroeder, Hans-Patrick*, Richten und Schlichten. Staatliche Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit – Alternativen, Konkurrenz und Zusammenspiel, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung (2012), S. 145-160.
- Schubert, Hans v.*, Der Kampf des geistlichen und weltlichen Rechts, Heidelberg: Carl Winters Universitätsbuchhandlung 1927.
- Schulte, Martin*, Gefahrenabwehr durch private Sicherheitskräfte im Lichte des staatlichen Gewaltmonopols, in: Deutsches Verwaltungsblatt 1995, S. 130-135.
- Schulze, Reiner u.a. (Hrsg.), Bürgerliches Gesetzbuch, 7. Aufl., Baden-Baden: Nomos 2012.
- Schünemann, Bernd*, Absprachen im Strafverfahren? Grundlagen, Gegenstände und Grenzen, in: Verhandlungen des 58. Deutschen Juristentages, Bd. I, B 66, München: C. H. Beck 1990.
- Schütze, Rolf A.*, Schiedsgericht und Schiedsverfahren, 5. Aufl., München: C. H. Beck 2012.
- Schwab, Dieter*, Familienrecht, 19. Aufl., München: C. H. Beck 2011, § 21 Rn. 115.
- Schwab, Karl Heinz/Walter, Gerhard*, Schiedsgerichtsbarkeit. Systematischer Kommentar zu den Vorschriften der Zivilprozeßordnung, des Arbeitsgerichtsgesetzes, der Staatsverträge und der Kostengesetze über das privatrechtliche Schiedsgerichtsverfahren, 7. Aufl., München: C. H. Beck 2005.
- Schwendenwein, Hugo*, Die Katholische Kirche. Aufbau und rechtliche Organisation, Essen: Ludgerus 2003.
- Schwenzer, Ingeborg*, Vertragsfreiheit im Ehe- und Scheidungsfolgenrecht, in: Archiv für die civilistische Praxis 186 (1996), S. 88-113.
- Scolnicov, Anat*, Religious Law, Religious Courts and Human Rights Within Israeli Constitutional Structure, in: International Journal of Constitutional Law 4 (2006), S. 732-740.
- Shachar, Ayelet*, Multicultural Jurisdictions. Cultural Differences and Women's Rights, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2001.

Shachar, Ayelet, Religion, State and the problem of Gender: New Modes of Citizenship and Governance in Diverse Societies, in: McGill Law Journal 50 (2005), S. 49-88.

Shachar, Ayelet, Privatizing Diversity: A Cautionary Tale from Religious Arbitration in Family Law, in: Theoretical Inquiries in Law 9 (2008), S. 573-607.

Shah, Prakash, Transforming to Accommodate? Reflections on the Shari'a Debate in Britain, in: Grillo, Ralph u.a. (Hg.), Legal Practice and Cultural Diversity, Farnham/Burlington: Ashgate Publishing 2011, S. 73-92.

Shaham, Ron, Family and the Courts in Modern Egypt, Leiden u.a.: Brill 1997.

Shaham, Ron, Shopping for Legal Forums: Christians and Family Law in Modern Egypt, in: Khalid Masud, Muhammad/Peters, Rudolph/Powers, David S. (Hg.), Dispensing Justice in Islam. Qadis and their Judgments, Leiden/Boston: Brill 2006, S. 451-469.

Shahar, Ido, Practicing Islamic Law in a Legal Pluralistic Environment: The Changing Face of a Muslim Court in Present-Day Jerusalem, Beer-Sheva Diss. phil. 2006.

Sherif, Adel Omar, The origins and development of the Egyptian judicial system, in: Boyle, Kevin/ders. (Hg.), Human Rights and Democracy. The Role of the Supreme Constitutional Court in Egypt, London u.a.: Brill 1996, S. 13-36.

Sherif, Adel Omar, The Relationship between the Constitution and the Shari'ah in Egypt, in: Grote, Rainer/Röder, Tilmann J. (Hg.), Constitutionalism in Islamic Countries, Oxford u.a.: Oxford University Press 2012, S. 121-133.

Shippee, R. Seth, Peacemaking. Applying Faith to Dispute Resolution, in: Dispute Resolution Magazine 10 (2004), S. 3-6.

Sodan, Helge, Der Status des Richters, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V, 3. Aufl., Heidelberg: Müller 2007, § 113, S. 681-723.

Solanki, Gopika, Adjudication in Religious Family Laws – Cultural Accommodation, Legal Pluralism, and Gender Equality in India, Cambridge: Cambridge University Press 2011.

Sonneveld, Nadia, Khul' Divorce in Egypt. Public Debates, Judicial Practices, and Everyday Life, Kairo/New York: The American University in Cairo Press 2012.

Sourial, Salib, The Sources of the Modern Canon Law (Personal Status) of the Coptic Orthodox Church, in: Kanon I (1973), S. 96-111.

Spittler, Gerd, Streitregelung im Schatten des Leviathan, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 1 (1980), S. 4-32.

Stadler, Astrid, Außergerichtliche obligatorische Streitschlichtung – Chance oder Illusion?, in: Neue Juristische Wochenschrift 1998, S. 2479-2487.

Steiner, Udo, Aktuelle Fragen der Religionsfreiheit in Deutschland, in: Sachs, Michael/Siekmann, Helmut (Hg.), Der grundrechtsgeprägte Verfassungsstaat. Festschrift für Klaus Stern, Berlin: Duncker & Humblot 2012, S. 1543-1552.

Steiner, Udo, Das Verhältnis von Schiedsgerichtsbarkeit und staatlicher Gerichtsbarkeit, in: Zeitschrift für das Schiedsverfahren (SchiedsVZ) 2013, S. 15-19.

Stern, Klaus, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/2, München: C. H. Beck 2011.

Strauss, Alfred, Das rabbinische Schiedsgericht im Lichte des schweizerischen Rechts, Basel: Helbing & Lichtenhahn 2004.

Stürner, Rolf, Formen der konsensualen Prozessbeendigung in den europäischen Zivilprozessrechten, in: Breidenbach, Stephan/ Coester-Waltjen, Dagmar u.a. (Hg.), Konsensuale Streitbeilegung. Akademisches Symposium zu Ehren von Peter F. Schlosser aus Anlass seines 65. Geburtstages, Bielefeld: Giesecking 2001, S. 5-30.

Sweihat, Jihad, La constitution des tribunaux ecclesiastiques selon la legislation jordanienne, Diss. iur. can. Lateranuniversität, Rom: Pontificia Universitas Lateranensis 1992;

Tedeschi, Guido, On the Problem of Marriage in Israel, in: ders., Studies in Israel Private Law, Jerusalem: Kiryat Sepher Ltd. Publishing House 1966, S. 218-233.

Tegtmeyer, Henning/Vahle, Jürgen, Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen, Stuttgart: Richard Boorberg 10. Aufl. 2011.

Thompson, John B., Critical Hermeneutics. A study in the thought of Paul Ricoeur and Jürgen Habermas, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 1981.

Thüsing, Gregor, Das Arbeitsrecht in der Kirche – Ein Nachtrag aktueller Entwicklungen, in: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (2002), S. 306-313.

Tränkle, Stefanie, Im Schatten des Strafrechts. Eine Untersuchung der Mediation in Strafsachen am Beispiel des deutschen Täter-Opfer-Ausgleichs und der französischen médiation pénale auf der Grundlage von Interaktions- und Kontextanalysen, Berlin: Duncker & Humblot 2007.

Trebeck, Joachim/Weber, Astrid, Kündigungsschutz im kirchlichen Arbeitsverhältnis nach der „Chefarztentscheidung“ (Teil 1 und 2), in: Arbeitsrecht Aktuell 2012, S. 29-31.

Tucker, Judith, E., Women, Family, and Gender in Islamic Law, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2008.

Tyan, Emile, Histoire de l'organisation judiciaire en pays d'Islam, Leiden: Brill 1960.

Unberath, Hannes, Die Anwendung islamischen Rechts durch deutsche Gerichte – Bemerkungen zum Verhältnis von kultureller Identität und Grundgesetz, in: Haedrich,

Martina (Hg.), *Muslimen im säkularen Staat – eine Untersuchung anhand von Deutschland und Österreich*, Stuttgart: Boorberg 2009, S. 83-101.

Ungern-Sternberg, Antje v., *Religionsfreiheit in Europa. Die Freiheit individueller Religionsausübung in Großbritannien, Frankreich und Deutschland – ein Vergleich*, Tübingen: Mohr Siebeck 2008.

Ungern-Sternberg, Antje v., *Religionsfreiheit – ein ausuferndes Grundrecht?*, in: Rensen, Hartmut/Brink, Stefan (Hg.), *Linien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – erörtert von den wissenschaftlichen Mitarbeitern*, Bd. 1, Berlin: De Gruyter 2009, S. 247-272.

Unruh, Peter, *Religionsverfassungsrecht*, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos 2009.

Wagner, Joachim, *Richter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat*, 2. Aufl., Berlin: Ullstein 2012.

Wallkamm, Andreas, *Muslimische Gemeinden in Deutschland im Lichte des Staatskirchenrechts. Eine systematische Gesamtbetrachtung*, Stuttgart: Boorberg 2012.

Walter, Christian, *Religionsverfassungsrecht in vergleichender und internationaler Perspektive*, Mohr Siebeck: Tübingen 2006.

Walter, Christian, *Kirchliches Arbeitsrecht vor den Europäischen Gerichten*, in: *Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht* 57 (2012), S. 233-262.

Weber, Hermann, *Rechtsschutz der Kirchen durch staatliche Gerichte*, in: Listl, Joseph/Pirson, Dietrich (Hg.), *Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl., Bd. 2, Berlin: Duncker & Humblot 1994, § 72, S. 1047-1080.

Weber, Max, *Politik als Beruf*, 1. Aufl., Berlin/Leipzig: Duncker & Humblot 1919.

Weinreich, Gerd/Klein, Michael (Hg.), *Fachanwaltskommentar Familienrecht – Kompaktkommentar zum Familienrecht*, 3. Aufl., München: Luchterhand 2008.

Weiss, Susan M./Gross-Horowitz, Netty C., *Marriage and Divorce in the Jewish State. Israel's Civil War*, Walham: Brandeis 2013.

Wenner, Reinhard, *Kirchliche Ehenichtigkeitsverfahren. Statistisches aus dem Bereich der Deutschen Bischofskonferenz*, in: *De Processibus Matrimonialibus* 8/1 (2001), S. 547-559.

Werneke, Michael, *Zur Stellung der kirchlichen Arbeitsgerichtsbarkeit in der kanonischen Gerichtsverfassung*, in: *Kirche & Recht* 2011, S. 209-224.

Wilke, Dieter, *Die rechtsprechende Gewalt*, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. V, 3. Aufl., Heidelberg: C. F. Müller 2007, § 112, S. 633-680.

Williams, Rowan, *Civil and Religious Law in England: A Religious Perspective*, in: *Ecclesiastical Law Journal* 10 (2008), S. 262-282.

Winter, Jörg, Staatskirchenrecht der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung mit kirchenrechtlichen Exkursen, 2. Aufl., Köln: Luchterhand 2008.

Wirth, Paul, Gerichtsverfassung und Gerichtsordnung, in: Listl, Joseph/Schmitz, Heribert (Hg.), Handbuch des katholischen Kirchenrechts, 2. Aufl., Regensburg: Pustet 1999, § 109, S. 1163-1173.

Witte, John/Nichols, Joel A., The Frontiers of Marital Pluralism, in: Nichols, Joel A. (Hg.), Marriage and divorce in multicultural context, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2012, S. 357-378

Wittreck, Fabian, Religionsfreiheit als Rationalisierungsverbot. Anmerkungen zur Schächtsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in: Der Staat 42 (2003), S. 519-555.

Wittreck, Fabian, Die Verwaltung der Dritten Gewalt, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.

Wittreck, Fabian, Perspektiven der Religionsfreiheit in Deutschland, in: Rees, Wilhelm /Roca, María/Schanda, Balázs (Hg.), Neuere Entwicklungen im Religionsrecht europäischer Staaten, Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 825-857.

Wittreck, Fabian, Dritte Gewalt im Wandel – Veränderte Anforderungen an Legitimität und Effektivität?, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer 74 (2015), Berlin/New York: De Gruyter, S. 115-167.

Wittreck, Fabian, „Scharia-Polizei“ und „Friedensrichter“ – Amtsanmaßung oder Rechtsanmaßung?, in: Kment, Martin (Hg.), Das Zusammenwirken von deutschem und europäischem öffentlichem Recht. Festschrift für Hans D. Jarass, München: C. H. Beck 2015, S. 265-283.

Witzstrock, Heike, Der polizeiliche Todesschuß, Frankfurt a.M.: Peter Lang 2001.

Wolfe, Caryn Litt, Faith-Based Arbitration: Friend or Foe? An Evaluation of Religious Arbitration Systems and Their Interaction with Secular Courts, in: Fordham Law Review 75 (2006-2007), S. 427-469.

Wolff, Christian, Der erste Brief des Paulus an die Korinther, Theologischer Handkommentar zum Neuen Testament, Bd. 7, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt GmbH 1996.

Woods, Patricia J., Judicial Power and National Politics. Courts and Gender in the Religious-Secular Conflict in Israel, State University of New York Press: Albany 2008.

Yilmaz, Ihsan, Muslim Alternative Dispute Resolution and Neo-Ijtihad in England, in: Alternatives 2 (2003), S. 117-139.

Zacharias, Diana, Islamisches Recht und Rechtsverständnis, in: Muckel, Stefan (Hg.), Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, Berlin: Duncker & Humblot 2008, S. 43-155.

Zirn, Volker, Mediation im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, Marburg: Tectum 2007.

Zucca, Lorenzo, A Secular Europe, Oxford/New York: Oxford University Press 2012.